

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes



Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Insertenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Vorauszahlung 2.30 Mk., Familienanzeigen die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen.

Zusammenbruch des kommunistischen Streiks in Deutsch-Böhmen?

Berlin, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach Meldungen der Internationalen ist der kommunistische Streik in Deutsch-Böhmen zusammengebrochen. In Reichenberg und Komotau ist der Streik bereits abgebrochen worden. Die Reichenberger Textilarbeiter haben ihre Gewerkschaftsbeamten wegen ihrer Haltung abgesetzt. Im Gebiet von Reichenberg wählen die Arbeiter überall Betriebsräte gegen den Willen der Gewerkschaften. Die tschechische Gewerkschaftskommission hat sich für die Streikforderungen ausgesprochen, aber auch für die Wiederaufnahme der Arbeit. In Prag und Adano wird noch gekämpft. In Adano ist die Streikleitung um die tschechische Anoschka verhaftet worden. Im Gebiet von Mährisch-Bräunau soll eine Radikalisierung der Arbeiter, die bisher rechtssozialistisch gewesen sind, eingetreten sein.

Berlin, 15. Dezember. (L. V.) Wie die tschechisch-slowakische Gesandtschaft mitteilt, haben gestern Abend in Prag die Kommunistenführer Stal und Wenzel den Präsidenten Masaryk gebeten, eine Vermittlungaktion einzuleiten. In Prag herrscht vollkommene Ruhe und in der Provinz ist eine allgemeine Entspannung zu beobachten. Die Führer der tschechischen kommunistischen Agitation wurden verhaftet. In Brünn neigt die Arbeiterchaft zum Abbruch des Streiks. In Kaschau hatte der Streik nur kurze Dauer, ebenso in Bratislava. Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben die von ihnen zeitweise besetzten Güter wieder freigegeben und kehren zur normalen Arbeit zurück.

Weitere Ausschreitungen in Mähren.

Wien, 15. Dezember. Wie die Neue Freie Presse meldet, besetzte in Goeding (Mähren) ein Trupp von kommunistischen Arbeitern die Bezirksbauverwaltung und entwarfente die Gendarmerie und später herangezogenes Militär. Der Bezirkshauptmann wurde auf die Straße geschleudert und schwer mißhandelt. Es kam auch zu Plünderungen. Bei der Verfolgung der Plünderer wurden Schüsse gegen das Militär abgegeben, das mit einigen Salven erwiderte. Viele Personen wurden verletzt. Abends gelang es, alle besetzten Objekte wieder freizumachen. — Dasselbe Blatt meldet aus Wien, daß bei Wiederbesetzung der Oslawaner Ueberlandzentrale durch Schleheren eine Anzahl Personen verwundet wurden.

Das Urteil im Prinzprozeß.

Berlin, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Gericht verurteilte den Angeklagten Prinz zu 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, und Tragung der Kosten. In der Urteilsbegründung heißt es: Ein Urkunde mit der Aufforderung zur Ermordung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hat nicht existiert. Dagegen ein Gerücht, welches der Angeklagte für wahr halten konnte. Deshalb hat er sich nur der üblen Nachrede schuldig gemacht und nicht willentlich die falsche Behauptung verbreitet. Der Angeklagte war zu verurteilen wegen versuchter schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit fortgesetzter Beleidigung. Es sind ihm mildernde Umstände zugebilligt worden mit Rücksicht darauf, daß er sich in schlechter Vermögenslage befand. Der Angeklagte legte gegen dieses Urteil Berufung ein.

Zusammenstoß zwischen oberösterreichischer Abstimmungspolizei und Italienern.

Berlin, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Oberglöckau kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Abstimmungspolizei und der italienischen Besatzung. Es wurde Feuer von den italienischen Soldaten auf die Polizeibeamten eröffnet. Hierauf griff die Bevölkerung ein, bis es einigen italienischen Offizieren gelang, die Ruhe wieder herzustellen. Der Vorfall ist um so bedauerlicher, weil bisher zwischen italienischer Besatzung und der Abstimmungspolizei ein durchaus gutes Verständnis bestanden hat. Auf allen Seiten besteht daher auch das Bestreben den Zwischenfall in keiner Weise auszunutzen.

Rußlands Einspruch gegen die Besetzung Wilnas.

Der Ost-Expres meldet aus Warschau: Die Frage der Abstimmung im Wilnaer Gebiet ist in eine neue Phase getreten und droht mit Verwicklungen, deren Tragweite sich noch nicht übersehen läßt. Der Vertreter der litauischen Regierung, Waldemar, hat bei der letzten Verhandlung im Räte des Völkerbundes gegen die Entsendung einer internationalen Truppenmacht in das Wilnaer Abstimmungsgebiet Einspruch erhoben. Er berief sich darauf, daß Litauen in seinem Friedensvertrag mit Sowjetrußland die Verpflichtung übernommen habe, keine fremden Truppen auf seinem Gebiete zu dulden, und wies auf die Gefahr einer Intervention Sowjetrußlands hin. Die Sowjetregierung zeigte das lebhafteste Interesse für die Wilnaer Frage und habe die litauische Regierung neuerdings ernstlich auf ihre vertragmäßigen Pflichten hingewiesen. Falls der dahingehende Beschluß des Rates des Völkerbun-

des nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, hat Waldemar um Verschiebung der Abstimmung und der Truppenentsendung. In seiner Erwiderung wies der Vertreter Polens, Paderewski, darauf hin, daß Litauen zuzelt keine gemeinsame Grenze mit Sowjetrußland besitze und insolge dessen keine Intervention zu befürchten habe. Eine bestimmte Stellungnahme des Völkerbundes ist noch nicht erfolgt. Einem Pressereporter gegenüber erklärte Bourgeois, er erachte den Hinweis auf den litauisch-russischen Vertrag für hinfällig, weil in dem späteren Nigacz Vorhaben die Moskauer Regierung ihr Desinteressement an den Gebieten westlich der neuen polnisch-russischen Grenze anerkannt habe. In polnischen politischen Kreisen hegt man die Befürchtung, daß das Vorgehen der litauischen Regierung den Zweck habe, die Einberufung einer Konferenz unter Teilnahme Sowjetrußlands für die Lösung der schwebenden Streitfragen vorzubereiten.

Polnische Weisungen gegen den polnisch-litauischen Waffenstillstandsvertrag.

Kowno, 13. Dezember. Die Litauische Telegraphen-Agentur teilt mit: Der Waffenstillstandsvertrag wird von den Polen jeden Tag von neuem gebrochen. Polnische Kavallerie und Infanterieabteilungen überschreiten täglich die Demarkationslinie. So drang gestern eine 150 Mann starke polnische Abteilung in Stiers und Kleim ein und begann, die Einwohner auszusplündern; sie wurde aber von unseren Truppen vertrieben. Kürzlich von Janischki wo keine feste Demarkationslinie besteht, wiederholten sich täglich Zusammenstöße unserer Vorposten mit polnischen Soldaten.

Die Sowjet-Regierung will den Frieden.

Kopenhagen, den 15. Dezember. Nationaltidende meldet aus Helsinki: Trotz hat auf einem landwirtschaftlichen Kongress erklärt, daß das rote Heer auf die Hälfte der gegenwärtigen Stärke herabgelassen werden würde. Die Sowjet-Regierung werde mit allen Mitteln versuchen, den Frieden aufrechtzuerhalten und einen endgültigen Frieden mit den Großmächten durch weitgehende Zugeständnisse zu erlangen. Der Umstand, daß England einen Vorschlag zu einem regelrechten Handelsabkommen hat überreichen lassen, lasse hoffen, daß der Friede nicht weit entfernt ist. Trotz erwähnte auch die ernsten Gefahren, die zwischen dem Heere und dem Volke in Rußland entstanden sind. Diese Gefahren würden durch die Neuordnung des Heereswesens in Rußland bald beseitigt werden.

Polen braucht Hilfe.

Warschau, 15. Dezember. Eine Rundschau der polnischen Regierung besagt: Der polnische Staatshaushalt steht vor ungeheuren Aufgaben infolge der Verkehrsschwierigkeiten und der Schwierigkeiten gegen die demobilisierten Soldaten. Polen braucht dazu politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe. Diese kann es nur finden, wenn es in die Führung seiner inneren Angelegenheiten einen Geist des Vertrauens hineinbringt. Der polnische Staat ist nicht mehr im Kriegszustand, aber auch nicht im Frieden. Die Regierung gleicht einem Vulkan, der das Schiff dem Dalen zittert. Es ist klar, daher bieten nur unter der Mitwirkung aller erreichen kann.

Ein Meineidsverfahren gegen Erzberger.

Berlin, 15. Dezember. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Reichstages teilte der Präsident mit, daß ein Schreiben des Ministers des Innern eingegangen ist, in dem die Genehmigung des Hauses zur Strafverfolgung des Abgeordneten Erzberger wegen Verletzung der Eidespflicht verlangt wird.

Berlin, 16. Dezember. (L. V.) Zu dem Meineidsverfahren gegen Erzberger schreibt die Zentrum-Parlament-Korresp.: Wir wir hören, ist es der Wunsch des Finanzministers a. D. Erzberger daß der Reichstag, entgegen den sonstigen Gepflogenheiten des Parlaments, die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt. Nach der Anklageschrift soll in fünf Punkten Verletzung der Eidespflicht vorliegen. Es handelt sich, soweit wir unterrichtet sind, 1. um die Behauptung Erzbergers über die Stellung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg zu den Steuervorlagen im Jahre 1916 2. um die Behauptung Erzbergers über die vorherige Verständigung der damaligen Reichsregierung über den Friedensschritt im Juli 1917, 3. um die Behauptung Erzbergers, daß er gegenüber dem damaligen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sich über den Zweck des Vorgehens vom 8. 7. 17 erklärt habe, endlich handelt es sich angeblich um die Fälle Thossen und Bergz.

Verborrenes Flugzeugmaterial.

Detmold, 16. Dezember. Im Walde bei Bad Salzuflen sind Teile eines Flugzeugapparats im Werte von über 1 Million aufgefunden worden. Offenbar ist das Gerät dorthin transportiert worden, um verlohren zu werden. Das vorgefundene Material, u. a. 8 große Räder mit 8 Flugzeugmotoren, Propellerstücken usw., ist von den Behörden beschlagnahmt worden. Es handelt sich um Heeresgut, das auf Verlangen der Entente vernichtet werden sollte.

Parlamentswahlen in Spanien.

Madrid, 14. Dezember. Nach den bis gestern Abend bekannt gewordenen Ergebnissen der Parlamentswahlen sind gewählt: 58 Ministerielle 8 Anhänger Mauras ein Anhänger de la Ciépas, 13 Anhänger Romanones, 17 Demokraten, 7 Anhänger ein Reform-Nationaler ein Realist, ein Sozialist 2 Republikaner 2 Unabhängige. Die Anhänger Mauras und de la Ciépas gehören der konservativen Partei an, die Anhänger Romanones der demokratischen, die Sozialisten der liberalen.

Der Kampf um die Einheit der italienischen sozialistischen Partei.

Das unheilvolle Werk Moskaus wird fortgesetzt — die Spaltung der sozialistischen Bewegung in der Schweiz ist schon so gut wie vollzogen, der eben zusammengetretene Parteitag der französischen Sozialisten in Tours droht dasselbe Ergebnis zu zeitigen und in Italien ist eine Gruppe fanatischer Spaltungspolitiker daran, auf dem für Weihnachten einberufenen Parteitag in Florenz nach dem Gehiß Moskaus das Gleiche an der italienischen sozialistischen Partei zu vollziehen. Gegen dieses Unterfangen hat sich eine starke Gruppe in der Partei um die Alessandri und Serrati gebildet. — der letztere war bekanntlich der Vertreter der italienischen Sozialisten auf dem Moskauer Kongreß; der kommunistischen Internationale. Der Genosse Cesare Alessandri hatte zur Gründung eines Komitees die Einheit der Partei aufgerufen und zugleich eine so große Anzahl Zustimmungen gefunden, daß er in einer Korrespondenz an den Pariser Populaire die Zuversicht aussprach, diese Gruppe werde die Mehrheit auf dem Kongreß zu Florenz haben, da in der Frage der Einheit die „Sozialisten des Zentrums“ (von Modigliani bis zu Turati und Brampolini) ebenso wie die Radikaldemokraten um Bianchi mit ihr gehen, so daß der Genosse Bombacci mit seinem Häuflein Spaltungsbefürwortern allein bleiben werde.

Diese Gruppe um Bombacci hält sich für die alleinwahre kommunistische Richtung und will nach Moskaus Diktat die Wpaltung der Sozialisten des Zentrums, die in Moskau als Berater an der Revolution verfeimt werden. Die um Alessandri und Serrati gesammelten Sozialisten indessen nehmen den Namen Kommunisten ebenfalls für sich in Anspruch. Sie haben am 24. November eine Konferenz abgehalten, in der sie sich konstituiert haben. Sie gaben sich den Namen „Sozialistisch-kommunistische Partei Italiens“, den sie auch für die Gesamtpartei vorschlugen. In dem Programm, das die Konferenz feststellte, wird erklärt, daß die 21 Moskauer Bedingungen ohne Ausnahme angenommen werden und sogar noch eine 22., die die Ausschließung der Freimaurer fordert — eine spezifisch italienische Angelegenheit — hinzugefügt wird. Aber die 21 Punkte, wird dann im Kommentar gesagt, sind nach den geschichtlichen Verhältnissen des Landes auszuheben, was die Beschlüsse des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale übrigens erlaubten. Dieser Vorbehalt bezieht sich auf einen Kernpunkt der Moskauer Bedingungen, auf die Forderung der Ausstoßung der Sozialisten des Zentrums. Diesem Punkte wollen die Sozialisten-Kommunisten nicht zustimmen. Serrati erklärte auf der Konferenz: „Wir können, ja, wir müssen die 21 Punkte annehmen, aber es ist eine weitherzige Auslegung unbedingt nötig, um die Partei nicht zu zertrümmern. Wir sind für die 3. Internationale, wir nehmen die Bestimmungen über die Zentralisation an, aber wir sind unnachgiebig in der Frage der Einheit der Partei. Die Revolution ist nicht nur Zerstörung, sondern auch Wiederaufbau; wir müssen die Werkzeuge des Wiederaufbaues: Gewerkschaften und Genossenschaften, in der Hand haben. Wer sie zertrümmert, ist wahnsinnig.“ Serrati klammert sich also hier noch an die Fiktion oder die Hoffnung, daß man die 21 Bedingungen mit Vorbehalt annehmen, d. h., daß man einzelne Bestimmungen unter ihnen ausmerzen könne. Genosse Alessandri sah den Dingen entfloßener ins Gesicht. Er sagte: „Wenn wir die Bedingungen von Moskau unverändert annehmen, können wir der kommunistischen Internationale nicht angehören. Wir müssen an einen späteren Kongreß appellieren, der die Autonomie jeder Partei gewährleistet.“

Nach diesem Vorstoß der Einheitsfreunde ist Lenin in einem Briefe an die sozialistische Partei der Gruppe Bombacci, die in dem Turiner Avanti ihr Organ hat, zu Hilfe gekommen. Der Malländer Avanti, der von Serrati geleitet wird, druckt diesen Artikel Lenins ab. Er schickt ihm eine Bemerkung voraus, die folgendermaßen lautet: „Unsere russischen Genossen werfen ihre persönliche Autorität und die ganze Suggestivkraft, die von ihrem Namen und ihrem Werk ausgeht, in die Waagschale, um den stärksten Einfluß auf die proletarische Internationale auszuüben. Wir bestreiten ihnen dieses Recht nicht, wir konstatieren es nur, damit die Genossen ihre Schlüsse daraus ziehen können.“

Aus den laugen

Ausführungen Lenins

jeien folgende Sätze zitiert: „Serrati schweift vom Thema ab, wenn er immer wieder die Behauptung in den Vordergrund rückt, wir seien nicht genügend informiert über die italienischen Verhältnisse. Wir wissen im Gegenteil sehr genau, daß es sich bei den Diskussionen der italienischen Parteilitung um wesentlichen um die Entscheidung über zwei Resolutionen handelt, von denen die eine, die kommunistische, nach Annahme der 21 Punkte die Reinigung der Partei von allen reformistischen und opportunistischen Elementen fordert, während die andre wohl die Notwendigkeit der inneren Gleichartigkeit der Parteibestände anerkennt,

aber zugleich die Einheit der Partei um jeden Preis gewahrt wissen will. Serrati vertritt die zweite und die Ereignisse haben ihm schon Unrecht gegeben. Bei der revolutionären Bewegung der italienischen Arbeiter für die Sozialisierung der Fabriken hat es sich gezeigt, daß die Reformisten, wenn sie in der Partei bleiben, die Revolution nur sabotieren. Ferner fürchtet Serrati die Zerschlagung der Gewerkschaften, Konsumvereine usw. wegen der Unwissenheit und der Irrtümer der an die Stelle der Reformisten tretenden Kommunisten. Weit gefährlicher ist aber die Sabotage der Revolution durch die Reformisten. Auch wenn wir die Notwendigkeit einer beweglichen Taktik zugeben, ist es doch immer noch richtiger, einen Schritt zu weit nach links als nach rechts zu gehen. Die Gefahr einer Niederlage der Revolution dem Werke nach gleichzustellen mit der Gefahr etwaiger Mißerfolge durch Einstellung unerfahrener Leute ist nicht allein lächerlich, sondern ein Verbrechen. Das Beispiel Rußlands hat gezeigt, daß wir trotz aller Irrtümer, die wir begehen, doch das Wesentliche erreicht haben: die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat, während in Ungarn der gegenteilige Fall eingetreten ist. Darum halte ich nicht allein für notwendig, die Reformisten aus der Partei zu entfernen, sondern auch nicht vor „guten Kommunisten“ Halt zu machen, die zur „Erhaltung der Einheit“ für das Verbleiben der Reformisten in der Partei sind. Solche „Kommunisten“ hatten auch wir in unseren Reihen. In der Oktoberrevolution waren Sonowjew, Kaminteff, Rogin und Miljutin geneigt, mit den Menschewisten zu verhandeln und sie zu verlassen, als wir das bekämpften, ostentativ alle ihre Ämter. Aber einige Wochen später sahen sie ihren Irrtum ein und kamen zurück. Sie hatten sich überzeugt, daß das geringste Schwanken innerhalb der Partei die Revolution in Frage stellen könnte. Auch Italien befindet sich in einer solch revolutionären Situation, in der es darauf ankommt, rein kommunistisch zu handeln. Die Besitzergreifung der Fabriken durch die Arbeiter und die Erhebung der italienischen Bauern haben gezeigt, daß das italienische Proletariat reif zur Revolution ist. Eine andre Hemmung der Revolution ist es ferner, wenn Serrati und Genossen vor der möglichen Blockierung Italiens durch Frankreich, England und Amerika grübeln. Hier gibt es nur ein Mittel, die Revolution in diesen Ländern zu beschleunigen, um sich ihr Proletariat zu verbündeten zu machen.

Auf dieses Schreiben Lenins hat Serrati nun in einem ausführlichen Artikel im Kwanti geantwortet, der für die Kenntnis der Parteiverhältnisse und der politischen Verhältnisse Italiens überhaupt sehr wichtige Aufschlüsse gibt und den wir deshalb in seinen wesentlichen Teilen zitieren wollen.

Antwort Serratis an Lenin
enthält die folgenden Ausführungen:

Lieber Genosse Lenin!
Schon auf dem Moskauer Kongress sagte ich Euch — in der Plenarversammlung —, wie schwierig und peinlich es für einen einfachen Genossen, wie ich bin, sei, mit Euch zu diskutieren. Schwierig, weil von Euch die mächtige Suggestion des Willensmenschen ausstrahlt, dessen, der die Revolution gemacht und sie verteidigt mit Macht und Klugheit gegen eine Welt von Feinden. Peinlich, weil das Debattieren den nahesten Gemütern als eine Art Abneigung erscheinen und den Feinden des Proletariats den Vorwand zu falschen und boshaften Ausdeutungen geben kann, während ich mich noch nie so revolutionär gefühlt habe und so durchdrungen vom Bewußtsein der Notwendigkeit der revolutionären Bewegung wie jetzt. Ich gehörte trotzdem einer geistlichen Herdengruppe meines Gewissens.

Ich knüpfte an Eure Erklärung an, daß, wenn Ihr aus der Partei Ausgestoßene namhaft macht, Ihr nicht die Personen treffen wollt, sondern Gedankenströmungen. Ich muß Euch in dessen daran erinnern, daß dieses vorausgegangene mit Namen nennen und das darauffolgende Verschweigen zu den verächtlichsten Auslegungen Anlaß gegeben hat. Man erzuhr auch andererseits, daß die Tatsache der direkten Nennung Longuets ein gewisses Unbehagen in den Reihen der Partei geschaffen hatte. Man konnte folgern, daß — da Ihr später den Namen verschwiegen — man von Eurer Seite oder der des Exekutivkomitees zu anderer Ansicht gelangt sei. So war auch meine Bemerkung zu Eurem Artikel ganz natürlich, und sie erscheint mir heute noch natürlicher, da ich die Erklärungen lese, die der Kommunist Frossard auf dem Kongress der C. G. T. in Orleans gemacht hat, ebenso wie auf der Tagung der Seine-Delegation und die Resolution, die die französischen Kommunisten — eine Resolution, die zwischen Sonowjew und Renault in Halle, wie mir scheint, vereinbart worden ist — dem nächsten Kongress von Tours vorlegen werden. In diesen Erklärungen und dieser Resolution sind Gedanken enthalten, die im Widerspruch zu den 21 Punkten und den Thesen Moskaus stehen.

Eure programmatische Unabdingbarkeit wird dadurch nicht be- leidet.

Dürfen die Reformisten in der Partei bleiben?

Auf diese Eure Frage erlaubt, daß ich mit einer andern antworte:

Wer sind „Reformisten“?

Wenn — wie aus Eurem Brief hervorgeht — Reformisten solche sind, die für die Arbeitsgemeinschaften eintreten, die mit den Bürgerlichen eine Koalition bilden wollen, und die sich im gegebenen Falle als italienische Scheidemänner und Roskes entpuppen könnten — so habt Ihr recht, und ich bin für ihre Aus- stößung.

Aber diese „Reformisten“ haben wir schon seit dem Kongress von Reggio Emilia ausgestoßen. Die andern — Turati, Treves, Modigliani usw., deren Politik ich nicht billige, deren taktische Irrtümer ich bekämpfe — sind gerade die, die im Parlament die russische Revolution verteidigt haben. Es sind die, an die sich einer Eurer Vertreter in Italien — Wodwosoff — vor 2 Monaten wandte, damit sie im Namen der parlamentarischen Fraktion Giolitti zu gewissen Zugeständnissen an sie bewegen sollten. Und wir waren es, die sich solchem Ansuchen widerlegten! Es sind die, welche noch gestern zur Verteidigung unsrer Partei gegen die Reaktion im Auftrage der ganzen Gruppe handelten, auch der „reinen“ Kommunisten. Ich weiß auch, daß noch nie im italienischen Parlament ein kommunistischer Abgeordneter eine zündende Rede gehalten hat und Vorschläge gemacht, die mehr im Einklang mit den Forderungen der 3. Internationale stünden als die ihren.

Dagegen besteht kein Gegensatz zwischen meiner Sorge, die proletarischen Organisationen zu erhalten und der Euren, die Revolution zu retten. Sie sind ein und dasselbe. Es gibt keine Möglichkeit für eine revolutionäre Aktion, wenn nicht unsere Einrichtungen unangetastet bleiben.

Unser Streben nach Erhaltung der Einheit heißt nicht, Genosse Lenin, nach rechts gehen, das heißt, auf dem Posten bleiben, seine Forderungen zu erfüllen, wie bitter sie auch sein mögen. Ich füge hinzu, daß, wenn es für die proletarische Revolution, wie für unsre Partei nötig wäre, ich auch den Mut haben würde, einen Schritt nach rechts zu gehen, was Ihr selbst unter Umständen für geboten hallet.

Stellt mich deshalb nicht in der lächerlichen Gestalt eines Menschen dar, der auf die eine Schale der Waage die Revolution, auf die andre das Wohl der Gemeindeverwaltung von Mailand gelegt hat, und der dieses jener vorzieht. Nein, kein italienischer Sozialist würde die menschlichen örtlichen Interessen den großen der nationalen und internationalen Revolution vorziehen.

Ich bin gleicherweise informiert, lieber Genosse, über die

Ereignisse der bolschewistischen Oktoberrevolution, als Ihr mit harterem Anstrich gegen alle kämpft, die kein Vertrauen auf den revolutionären Erfolg hatten, und — im Augenblick der Gefahr — ostentativ alle öffentlichen Ämter verließen. Ich weiß auch, daß Ihr in jenen Tagen gegen Sinowjew geschrieben habt: „Ich kenne Gregor Sinowjew seit vielen Jahren, ich habe ihn immer für einen Menschen mit vielen Fehlern gehalten, aber ich hielt ihn nicht für einen Feigling.“ Aber Euer Urteil hat nicht verhindert, daß Euer Freund später Präsident der 3. Internationale wurde! Das bedeutet, daß es Urteile gibt, die nur gelten für den Augenblick, in dem sie ausgesprochen werden, und die nicht verkehren, weil sie von lebhaftem Interesse für das allgemeine Beste diktiert sind. Wer weiß, ob Ihr nicht eines Tages geneigt sein werdet, Euer Urteil über uns zu ändern! Unserseits versichern wir, daß wir — sei es als Führer oder als gemeine Soldaten — niemals zögern werden, die proletarische Sache zu verteidigen.

Wir fürchten auch sehr, daß Ihr über die Lage in Italien nicht ganz auf dem Laufenden seid. Ihr sagt, daß in unserem Land das Proletariat keine Fähigkeit gezeigt hat, sich zu erheben und die Massen in einer mächtigen revolutionären Bewegung zusammenzufassen. Die armen Bauern und das Halbproletariat haben bewiesen, daß sie sich zur Höhe des revolutionären Kampfes zusammen mit dem Proletariat aufschwingen können.

Diese Eure Behauptungen sind zu kategorisch, als daß ich mir nicht erlauben möchte, die Tatsachen genau festzustellen.

In Italien — die Epilode von Ancona ausgenommen — hat eine wirkliche Erhebung noch nicht stattgefunden. Die Besitzergreifung der Fabriken war zwar ein grandioses Unternehmen, aber es — beschloffen von der Organisation der Metallarbeiter, die von „Reformisten“ geführt wird, — hat sich entwickelt angesichts der vollständigen Passivität der Regierung, die nicht einmal den Versuch ihrer Unterdrückung gewagt hat. Als es sich darum handelte, der Sache eine revolutionäre Entwicklung zu geben — wie die Parteileitung vorschlug —, waren es nicht nur die Leiter der Confederazione Generale del Lavoro (Allgemeinen Arbeiterbundes — d. h. Bundes der Gewerkschaften), sondern auch, und zwar in erster Linie, die Vertreter der Turiner Arbeiter, die von dem Versuch abrieten. Man soll also nicht von revolutionärer Fähigkeit reden, wo gar keine Erhebung stattgefunden hat, sondern nur eine breite und tiefgehende gewerkschaftliche Bewegung, die ganz friedlich verlaufen ist — mit einigen unbedeutenden Ausnahmen.

Die Agitation der Bauern für die Beschlagnahme des Grundbesitzes ist nach Zeit und Ort zerstreut gewesen und — selber — ohne jede Fühlungnahme mit dem Proletariat der Städte und für den Privatbesitz an Land betrieben worden. Die Bewegung — geführt von monarchistischen und konservativen Parteien — hatte ebenfalls einen friedlichen Charakter und nur an einigen Orten sich die Menge, von den Unsern angeführt, einige Tote auf dem Kampfplatze. Aber auch in diesem Fall waren es keine wirklichen revolutionären Erhebungen. Es waren nur — schmerzlich, es zu sagen — Erschütterungen.

Wo wir unsre Bauernorganisationen haben, ist das Agrarproblem ein ganz anderes. Da handelt es sich nicht mehr um die Aufstellung der Forderungen, sondern um den gemeinsamen Besitz und die gemeinschaftliche Bearbeitung durch die Arbeitergenossenschaften. Und die Agitation an solchen Orten hat wirklich Massencharakter.

(Schluß folgt.)

Untersuchungsausschuß gegen Hermes.

Berlin, 16. Dezember.

Der Reichstag hat gestern dem Antrag der Unabhängigen Fraktion auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses gegen Hermes zugestimmt. Alle drei sozialistischen Fraktionen stimmten für den Antrag, die bürgerlichen Parteien geschlossen dagegen. Als der Präsident die Annahme des Antrages konstatierte, ertönten bei einigen besonders eifrigen Freunden des Herrn Hermes Rufe des Erstaunens und Protestes. Die Herren hatten übersehen, daß nach den Bestimmungen der Reichsverfassung zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nur die Zustimmung von einem Fünftel der Abgeordneten notwendig ist.

Der Antrag der Kommunisten auf Ablehnung der von dem Reichsanwalt zum Etat des Ernährungsministeriums abgegebenen Erklärung, fand nur die Unterstützung der Unabhängigen. Die Rechtssozialisten verweigerten. Der Antrag wurde infolgedessen abgelehnt.

Präsident Loebe machte Mitteilung, daß beim Reichsministerium des Innern um die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Erberger wegen Verletzung der Eidspflicht nachgesucht wird. Der Antrag wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Das Kapitalnachfragegesetz wurde darauf in zweiter und dritter Lesung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die deutsch-nationale Interpellation über die Frage der russischen Kriegsgefangenen in den Internierungslagern behandelt. Es war ein wilder Vorstoß der Reaktion, die die russischen Kriegsgefangenen den Werbemännern der russischen Gegenrevolutionäre ausgeliefert sehen möchten und dabei unter Umständen auch Verstärkung für die deutschen antirepublikanischen Verschwörungen ergattern möchten. Das wird die heutige Fortsetzung der Verhandlung, in der die Parteivertreter zum Worte kommen, noch deutlicher herausstellen. Wir werden die Debatte im Zusammenhang näher besprechen.

Nahrungsmittelnot und Reichswirtschaftsrat.

Am Sonnabend hat sich der Reichswirtschaftsrat wieder einmal mit den Ernährungsfragen beschäftigt. Die Verhandlungen wurden sinnreich eingeleitet durch einen Protest des Vertreters der Gastwirte, der sich gegen die Rahmsetzung der Betriebe der Berliner Schlemmerhotels und gegen die Verschärfung der Wuchergesetze richtete. Nach dem bekannten beliebten Grundsatz: „Heiliger Florian, verdonner' mein Haus, zünd' andre an!“ verlangte der Gastwirtsvertreter ein Einschreiten gegen die privaten Schlechthändler. Die Gastwirte, die das Fleisch nur weiterverarbeiten, solle man ungehört lassen. Dann berichtigte der frühere Staatssekretär August Müller über die Beratungen und Beschlüsse des eingeleiteten Untersuchungsausschusses. Nach seinem Bericht hat sich der Ausschuß mit den bisher getroffenen Maßnahmen zur Aufhebung der Zwangswirtschaft einverstanden erklärt. Getreide, Milch und Milchprodukte sollen bis auf weiteres der Zwangswirtschaft unterworfen bleiben, während der Zucker im Herbst des kommenden Jahres freigegeben werden soll. Zur Getreidewirtschaft bemerkte Müller, daß sie in ihrer jetzigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden könne, ohne zu sagen, wie sie umzu gestalten sei. Dann entrollte er das bekannte trübe Bild der Brotgetreideversorgung. Von einer Brotgetreidebewirtschaftung könne man kaum noch sprechen. Während 1918 noch 1 875 000 Tonnen Brotgetreide erbracht wurden, sind es 1920 nur noch 620 000 Tonnen. Die letzte Ernte, die man seinerzeit noch auf 7 Millionen Tonnen geschätzt hatte, wird jetzt nur noch mit 5,7 Millionen Tonnen angenommen. Von den 2 520 000 Tonnen, die aus dem Auslande eingeführt werden müssen, sind erst 1 200 000 Tonnen gekauft. Ueber die schwierige Beschaffung des bedeutenden Restes vermochte er keine Angaben zu machen. Die

drohende Katastrophe in der Brotgetreideversorgung könne nur durch Steigerung der Ernterträge gemindert werden.

Der Reichsernährungsminister Dr. Hermes, der eine seiner üblichen Besichtigungszwecke hielt, erklärte wieder, daß zu einer katastrophalen Verteilung der Brotgetreidefrage keine Veranlassung vorliege. In der Brotgetreidebewirtschaftung müsse aber rechtzeitig eine „gesunde Umgestaltung“ erfolgen. Wie die Umstellung vor sich gehen soll, verriet auch Herr Hermes nicht.

Der Agrarierhauptide Dr. Rosjka verkündete als Fachmann, daß ein verunglückter Ochse den Pflug nicht tief genug durch den Ackerboden ziehen könne, um einen guten Ernteertrag zu sichern. Deshalb müsse man den Landwirten einen bestimmten Teil der Ernte zur Ernährung seines Viehs lassen. Mit der bekannten Dreistigkeit, die die preussischen Krantsunker von jeher auszeichnete, behauptete er, die Landwirte seien ihrer Ablieferungsspflicht durchaus nachgekommen. In seiner märkischen Heimat hätten die Landwirte sogar 7000 Zentner Kartoffeln umsonst geliefert. Er selbst habe 300 Zentner umsonst zur Verfügung gestellt, aber — so klagte er — es seien ihm nur 200 Zentner abgenommen worden. Na, wir meinen, dem Manne könnte geholfen werden! Schließlich gibt es im Deutschen Reich doch noch einige Proletarierfamilien, die Verwendung für die nicht abgeholten 100 Zentner Kartoffeln haben. Unmittelbar danach zeigte der ebeltätige Junker wieder sein wahres agrarisches Gesicht: Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen den Produktionskosten angepaßt werden. Also: höhere Preise für Getreide, Kartoffeln usw. Herr Hermes wird sich danach zu richten wissen, wenn die auf der Konferenz der Ernährungsminister bereits angekündigten neuen Richtpreise festgelegt werden.

Aus der weiteren Debatte sind nur die Ausführungen des Industriegeheimen Stinnes erwähnenswert. Dieser Universal- fachverständige, auf den jetzt alle kapitalistisch orientierten Kreise in Deutschland schwören, verkündete, daß die nächste Ernte die letzte sei, die „zwangswirtschaftlich“ werden könne. Auch Stinnes entpuppte sich als ein verkannter Menschenfreund, indem er erklärte, die jetzige Lebenshaltung könne die Bevölkerung nicht mehr länger ertragen. Deshalb muß überall die Arbeitszeit verlängert werden, wo bei längerer Arbeitszeit mehr herausgewirtschaftet werden kann. Gemissnermaßen als Ausgeglichen ansehend, sollen den Agrariern die Ablieferungsprämien eventuell bis auf 1000 Mark für die Tonne erhöht werden. Ein ganz nettes Programm!

Wie man sieht, leben im neuen Deutschland die alten sich gewordenen Gebräuche aus der vorrevolutionären Zeit fort. Krant- und Schlotzunker reichen sich Hilsreich die Hand, um sich gegenseitig ihre Profite erhöhen zu helfen. Und die breiten Massen tragen die Kosten.

In den am Montag fortgesetzten Verhandlungen beschäftigte man sich hauptsächlich mit der Frage der Beschaffung der Düngemittel. Herr v. Richthofen vom Bund der Landwirte wandte sich gegen die Zwangswirtschaft für Haser und forderte die Wieder- einföhrung der freien Wirtschaft. Nur die im vergangenen Jahre im freien Handel erzielten hohen Haserpreise hätten den Land- wirten die Anschaffung von Kunstdünger ermöglicht; sonst würde der Ernteertrag noch geringer gewesen sein. Als Hauptgrund für den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion bezeichnete v. Richthofen die Verteuerung der Kohle. Als Vertreter der chemischen Industrie wandte sich Professor Dr. Dulsberg gegen die Sozialisierung der Stickstoffindustrie. Er behauptete, die drohende Sozialisierung treibe schon jetzt viele „leidende Köpfe“ ins Ausland. Die Sozialisierung der Stickstoffindustrie würde nach der Meinung des Herrn Professors verhängnisvoll sein. Selbstver- ständlich — das Ende der Profitwirtschaft wird den Kapitalisten immer „zu früh“ kommen.

Nach einem Schlußwort des Referenten fanden die Vorschläge des Ausschusses und ein Antrag zur Bekämpfung des Schleber- handels mit technischem Spiritus einstimmige Annahme.

Der Völkerbundskongress zur Aufnahme Deutschlands.

Genf, 16. Dezember. In der heutigen Abend-sitzung wählte die Völkerbundversammlung zu nichtständigen Mitgliedern des Völkerbundes je einen Vertreter Spaniens, Brasiliens, Belgiens und Chinas. Bei Verhandlung des Berichts der 5. Kommission über die Aufnahme neuer Staaten sprach Wotta über die unbedingte Notwendigkeit der Universalität des Bundes und im Zusammenhang damit über die Stellung der Vereinigten Staaten, Rußlands und Deutschlands zum Bunde. Er sagte u. a. die Schweiz hoffe, daß, wenn die Frage der Aufnahme Deutschlands gestellt werde, sie mit dem Ernst und der Gerechtigkeit gepaart werde, von denen der Völkerbund beherbergt sein muß. Wotian erwiderte, Deutschland könne zum Eintritt nicht aufgefordert werden, bevor es nicht die Bedingungen des Artikels 1 des Statuts erfüllt habe. Wenn Deutschland effektive Garantien für die Erfüllung seiner Bedingungen gegeben habe, werde es in den Völkerbund einziehen können. Hätte Frankreich nicht an der Grenze geschanden, dann würde der Bund nicht in Genf tagen können, um mit dem französischen Völk- den Versuch zu machen, das neue Gebäude dieses Völkerbundes aufzurichten. (Stürmischer Beifall.) Lord Robert Cecil be- tonte seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen Wotians. Nachdem noch der brasilianische Delegierte die Öffnung an- gebrochen hatte, daß Deutschland bald aufgenommen werden könne, wurde die Aufnahme Österreichs einstimmig beschlossen.

Ueberschätzung der französischen Kohlen- vorräte.

Berlin, 12. Dezember. In einer Note der französischen Botschaft vom 2. Dezember wird mitgeteilt, daß die zuletzt in der Rede des Reichswirtschaftsministers erwähnte Aeußerung des französischen Arbeitsministers Le Troquer, der vor a der Pariser Gera- nienrat einen betrage 900 000 Tonnen, auf einen Druckfehler zurück- zuföhren ist. Der Minister habe tatsächlich gesagt, der Vorrat habe Ende Juli 90 000 Tonnen betragen. Der Vorrat habe sich inzwischen Ende September auf 157 170 Tonnen erhöht; am 31. Oktober habe er 198 743 Tonnen betragen, d. h. ungefähr die Höhe eines Monats- bedarfs bei einem Tagesverbrauch von 4500 Tonnen. Die Gas- anstalten der Pariser Vororte seien auf 22 Tage mit Vorräten versehen.

Französische Bezirks-Parteitage für die 3. Internationale.

Paris, 13. Dezember. Eine Anzahl Bezirksparteitage der Sozialisten beschäftigte sich gestern mit der Frage des Beitritts zur 3. Internationale. Im Departement Bouches du Rhone stimmten 80 Delegierte für den Beitritt, 13 dagegen; im Departement Seine-et-Marne 43 für, 9 dagegen; im Departement Allier 1204 für, 1012 dagegen; im Departement Girone 1290 für, 1200 dagegen. Auch der Bezirksparteitag am Niederrhein hat sich mit 102 gegen 29 Stimmen für den Anschluß aus- gesprochen. Dagegen hat Oberelb mit 42 gegen 37 Stimmen den Anschluß abgelehnt.

Russischer Protest an Griechenland.

Moskau, 12. Dezember. Die Sowjet-Regierung hat an den Minister des Auswärtigen in Athen einen Punktpunkt gerichtet, in dem es heißt: Die Zeitungen berichten von der Freundschaft der großen Masse des hellenischen Volkes für die Regierung Ruß- lands und seine arbeitende Bevölkerung, die wir mit Sympathie und dem Wunsche erwidern, daß Bande der Freundschaft die beiden Länder dauernd verbinden mögen. Die Republik Rußland ist bereit, ein Uebereinkommen mit Griechenland zu treffen. Es muß aber festgestellt werden, daß die griechische Regierung den konterrevolutionären Banden Wrangels Hilfe leistet, indem sie sie auf griechischem Gebiet aufnimmt, wo sie sich neu organisieren, um wieder gegen Rußland zu kämpfen. Die russische Regierung protestiert energisch gegen diese Machenschaften.

Interpellation wegen der auswärtigen Politik.

Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten hat im Reichstage eine Interpellation über die auswärtige Politik der Reichsregierung eingebracht. In dieser Interpellation wird auf den Mangel an Einigkeit in der auswärtigen Politik, auf die zähen Verhandlungen bei der Verhandlung wichtiger Fragen hingewiesen. Es wird beantragt, daß die Note an die Entente wegen der Einwohnerverwehren in Bayern und Ostpreußen, die nach Meinung der Fraktion geeignet sei, die Ententeregierungen stark zu verärgern, wenige Tage vor dem Zusammentritt der Brüsseler Konferenz überreicht werden sei. Die Interpellanten fordern mit Rücksicht darauf sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages.

Deutschland.

Streik der Berliner Hoteliers.

Von den Berliner Hotelbesitzern und -Direktoren, die ihre Kassen und Restaurationsbetriebe geschlossen haben, wird es so angesehen, als sei die Schließung wegen „Unzufriedenheit der Rationierungsvorschriften“ erfolgt. Demgegenüber weist das Reichsernährungsministerium mit Recht darauf hin, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Verbindung mit der Forderung der Einführung auf weiten Gebieten der Ernährung dazu geführt hat, daß Hindernisse für eine ausreichende Versorgung in den Hotels nicht bestehen. Sehr wertvolle Lebensmittel für den Mittagstisch sowohl, wie für den Abendstisch (Fleisch, Fische, Kartoffeln, Eier) sind, ebenso wie die notwendigen Zubereitungsmittel (Butter, Margarine, Speck) nicht rationiert. Sie können mithin in beliebiger Menge gekauft und verwendet werden. Die Zwangswirtschaft besteht sich in der Hauptsache nur auf Mehl, Milch, Butter und Zucker.

Kinderland und Rheinlandkommission. Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Veröffentlichung von Zeitungsartikeln im besetzten Gebiet verboten, die sich mit dem deutschen Kinderland befassen und sich dabei auf die Forderungen der Alliierten gegenüber Deutschland beziehen. Zeitungen, die dies Verbot übertreten, werden auf mindestens 14 Tage verboten und die Verleger mit hohen Geldstrafen belegt.

Umwandlung der staatlichen Polizei in Oberschlesien. Die bisherige staatliche Polizei von Katowick und Hindenburg ist von der interalliierten Kommission in eine sogenannte Spezialpolizei umgewandelt worden, die unter der Oberleitung des französischen Generals steht, dem bisher schon die Abtunungspolizei unterstellt war. Die unmittelbare Leitung der Spezialpolizei ist dem französischen Gendarmenleutnant Dohfeld übertragen worden, dem ein einjähriger und ein italienischer Adjutant zur Seite gestellt sind. Die bisherigen Polizeipräsidenten von Katowick und Hindenburg sind von ihren amtlichen Funktionen als Polizeipräsidenten entbunden und auf die Amtsgebiete des Landes beschränkt worden.

Neue Steuern in Berlin. Wie aus Berlin berichtet wird, wird demnächst in Berlin die Steuerdrücke kräftig angezogen werden. Es heißt, daß u. a. die Wohnsteuer bestimmt kommt und in Verbindung damit auch die Hotelzimmersteuer. Die Kultursteuer wird erheblich erhöht werden. Außerdem sollen Zuschläge zur Einkommensteuer von 10000 Mark Einkommen an erhoben werden. Die Unabhängigen haben bedauert, daß einzuwirken, daß die Zuschläge erst von 15000 Mark Einkommen an erhoben werden. Dazu kommt dann noch die Erhöhung des Tarifs für Gas, Wasser und Elektrizität.

Die Rheinlandkommission gegen den Kölner Polizeipräsidenten. Die sozialdemokratische Rheinische Zeitung berichtet, die interalliierte Rheinlandkommission halte die politische Tätigkeit des Kölner Polizeipräsidenten Rung für unvereinbar mit seinen Amtspflichten und führe die starke Zunahme der Kriminalität in Köln auf die starke Belastung des Polizeipräsidenten mit politischen Aufgaben zurück. Das Blatt erfährt weiter, daß gegen andere politische Beamte im besetzten Gebiet schon Aktionen der Rheinlandkommission im Gange.

Verhandlungen über Wirtschaft und Verkehrsfragen. Eine deutsche Regierungskommission ist unter Führung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt von Stockholm nach Belgard abgereist, um Verhandlungen über die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Jugoslawien zu führen. — In den letzten Tagen fanden zwischen der deutschen Regierung und Vertretern der italienischen Regierung in Berlin Verhandlungen statt mit dem Ziel, den Verkehr zwischen Deutschland und Italien, der sich derzeit in günstiger Entwicklung befindet, nach Möglichkeit zu erleichtern.

Kleine Auslandsnachrichten.

Zerstörungswut.

Wien, 10. Dezember. Die Blätter melden, daß im Auftrag der Entente 500 von den auf dem Flugfeld von Wiener Neustadt befindlichen 1000 Motoren zerstört worden seien. Die übrigen 500 sollen gleichfalls noch zerstört werden. Außerdem seien bis jetzt auf ungefähr 8000 Quadratmetern Werkstätten zerstört worden. Auf ungefähr 2000 Quadratmetern soll noch Decks gestrichelt werden. Die Blätter beklagen die Zerstörung des Flugfeldmaterials als sinnlose Vernichtung von Werten. Die Arbeiterzeitung schreibt, das Flugfeldmaterial hätte als Ausfuhrartikel verwendet werden können. Das Vorgehen des mit der Zerstörung beauftragten Ententemilitärs habe unter der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen, namentlich unter den Arbeitern der Daimler-Werke. Die Arbeiter beklagen, daß durch die Forderung der Entente Kommission Tausende arbeitslos werden könnten.

Anerkennung der Unabhängigkeit Ägyptens durch England?

Dem Daily Chronicle zufolge empfiehlt der Bericht der Kommission unter dem Vorsitz Miners, die sich mit der ägyptischen Reform beschäftigt hat, die Anerkennung der Unabhängigkeit Ägyptens mit Sicherheit gegen Angriffe von außen, die Anerkennung der Vorkontrolle Englands, die Aufrechterhaltung der britischen Garnison im Suezkanalgebiet, die gewissen Einschränkungen unterworfenen Kontrolle Ägyptens über seine auswärtigen Beziehungen sowie die endgültige Abschaffung der Kapitulationen. Das Kabinett werde nach Erörterung des Berichts in einer Kommission wahrscheinlich in Verhandlungen mit der ägyptischen Nationalversammlung eintreten.

Errichtung einer kroatischen Bauernrepublik?

Die kroatische Zeitung meldet aus Belgrad, daß Stephan Raditsch, das Haupt der kroatischen Bauernpartei, die aus dem Balkankrieg in Kroatien als Siegerin hervorgegangen ist, am 8. Dezember im Namen von 24000 Wählern seiner Partei die kroatische Bauernrepublik ausgerufen habe. Sein Ziel sei eine kroatische, slowakische, bulgarische, serbische Bauernrepublik. Sein Kampf sei eine Selbstverteidigung gegen die Donaukaragewelts als Trägerin der serbisch-jugoslawischen Willkürmacht zu führen. In Belgrad werde man nicht an gewalttätige Unterdrückung Rabitschs, werde vielmehr das Volk zur Entscheidung aufrufen. Entschiede sich die Mehrheit des Volkes für Republik und Föderalismus, so solle der Staat demgemäß umgestaltet werden; doch nehme man an, daß die Entscheidung gegen Rabitsch fallen werde.

Rücktritt des italienischen Kammerpräsidenten. Infolge eines an sich unerheblichen Zwischenfalls im italienischen Abgeordnetenhaus demissionierte der Präsident Nicolo und sämtliche Vizepräsidenten, Sekretäre und Quästoren der Kammer. Der Zwischenfall steht im Zusammenhang mit der seit einigen Tagen von den Sozialdemokraten geleiteten Diskussion gegen die den Brotpreis erhöhende Gesetzesvorlage und wurde herbeigeführt durch eine vom Bureau unternommene Zählung des Ausschusses einer nebensächlichen Abstimmung.

Bauernrevolte in Voralberg. Anläßlich der Wiedereinlieferung der am 24. November aus der Haft befreiten Führer des unabhängigen Bauernbundes kam es in Bludenz zu einem Aufruhr von etwa 200 Bauern, der jedoch durch Gendarmen ohne Blutvergießen im Keime unterdrückt wurde. Die Bauern wurden aus der Stadt gedrängt und lebten nachmittags in ihre Heimatdörfer zurück, worauf sich die verurteilten Führer zur Strafhaft begaben.

Eine Schlacht der Franzosen in Syrien? Wie der Temps mitteilt, sind ihm bisher unbestätigte Nachrichten zugegangen, nach denen es in Syrien zwischen französischen Soldaten und Türken, die die Linie Adana—Antakya besetzt hielten, zu einem Kampfe gekommen, der ausrichtete der Türken verlaufen ist.

Offizielle Pariser Nachrichten bestätigen, daß schwere Kämpfe in Syrien stattgefunden haben. Eine französische Abteilung sei von türkischen Kräften vernichtet worden. Die französischen Truppen sollen große Verluste an Toten haben.

Reichstag.

Berlin, den 15. Dezember 1920.

Der Regierungstisch ist leer.
Das Haus ist sehr schwach besetzt.
Präsident Eberth macht Mitteilung, daß vom Reichsministerium des Innern die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Erzberger wegen Verletzung der Eidespflicht nachgesucht wird. (Bewegung.)
Der Antrag wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.
Ein Antrag auf Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Dr. Marek (D. Sp.) wird abgelehnt.
Ein Nachtragsetz, der Forderungen zu Neubauten in verschiedenen Landbestellen bringt, wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Darauf wird auch das Kapitalfluchtgesetz nach den Beschlüssen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Abstimmung über den Etat des Ernährungsministeriums wird zurückgestellt, weil das Haus noch leer ist.

Da auch der nächste Punkt: Die deutsch-nationale Interpellation über die russischen Kriegsgefangenen in den Internierungslagern, insofern der Abwesenheit eines Regierungssprechers nicht verhandelt werden kann, setzt Präsident Eberth die Verhandlungen auf eine halbe Stunde aus.

Nach Wiederöffnung der Sitzung erfolgt zunächst die Abstimmung über die Anträge zum Reichsernährungsministerium. — Der Antrag des Ausschusses, scharfe Maßnahmen zur Erreichung der Ablieferung des Brotgetreides zu ergreifen, wird gegen die sozialistischen Parteien abgelehnt. — Angenommen werden die Entschlüsse des Ausschusses, die ein Verbot des gewerkschaftlichen Ausbeutens fordern und die zur Erzielung einer Verbildung der Lebensmittel eine engere Verbindung zwischen Erzeugern und Konsumenten wünschen. — Angenommen wird ferner ein Antrag Krastadt (Dnat.), wonach jeder Landwirt den Anspruch erhält, für die abgelieferten Mengen von Brotgetreide, Gerste und Hafer eine möglichst große Menge geeigneter Futtermittel zu beziehen; desgleichen ein Antrag Bah (Dem.), wonach bei der Erhaltung eines Teils der Hahnernte Kleinbetriebe von der Umlage verschont bleiben sollen. — Abgelehnt wird dagegen der Antrag Müller-Franken (Soz.) auf Uebernahme der Düngemittelindustrie auf das Reich. — Angenommen wird ein Antrag Krastadt (Dnat.), die Stickstoffindustrie durch entsprechende Maßnahmen in den Stand zu setzen, ihre Produktionskosten zu vermindern und in der Superphosphatindustrie durch finanzielle Beihilfe bei der Einfuhr von Rohphosphat eine Vermehrung der Erzeugung herbeizuführen. — Dagegen wird der sozialdemokratische Zusatzantrag auf Bereitelung ausreichender Mittel für die Landwirtschaft zum Bezug billiger Stickstoffdüngemittel mit 163 gegen 156 Stimmen abgelehnt. — Der unabhängige Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der gegen den Reichsernährungsminister erhobenen Vorwürfe wird angenommen, dagegen ein kommunistischer Antrag, dem Reichsfinanzminister für sein Eintreten zugunsten des Ernährungsministers die Mißbilligung auszusprechen, gegen die Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.
Damit sind die Entschlüsse zum Reichsernährungsministerium erledigt.

Es folgt eine Interpellation Hergt (Dnat.), die sich mit den Zuständen in den Internierungslagern der russischen Heeresangehörigen befaßt und behauptet, daß dort die nichtbolshewistisch gesonnenen Gefangenen der brutalsten Vergewaltigung ausgesetzt seien, ohne daß sie deutscherseits geschützt würden. Ferner wird angefragt, ob die Regierung tatsächlich mit dem Sowjetbeauftragten Kopp ein Abkommen getroffen habe, wonach sich die deutschen Lagerkommandanten jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kriegsgefangenen zu enthalten haben. Zum Schluß verweist die Interpellation auf angeblich betriebene Aufstellungen bolschewistischer Heeresverbände in den Internierungslagern und auf angeblich bolschewistische Wählerarbeit des Sowjetbeauftragten Wigdor Kopp in Deutschland.

Abg. Henning (Dnat.) begründet in längeren Ausführungen die Interpellation und bringt eine Reihe von Klagen gegen die Internierungslager vor, besonders dagegen, daß die Straf- und Disziplinalgewalt den russischen Lagerkommandanten übertragen worden sei.

Offiziere, die z. B. einer Weisgardisten-Organisation angehören, werden ohne weiteres in ein schlechteres Lager überführt. (Anrufe links.) Für die Erziehung ehemaliger Internierter von Weisgardistenformationen liegen zahlreiche Beweise vor. Redner wendet sich dann gegen die Zustände bei den Kriegsgefangenen, die z. B. Umzüge mit roten Fahnen machen dürfen, Versammlungen abhalten usw. und eine gefährliche Landplage darstellen. (Zuruf Adolf Hoffmanns: Gehen Sie nach dem Morgenlande als Märchenmärker.) Die bolschewistischen Kommissare und Internierten wollen einen Linkspuls unterziehen. (Stuhl bei den Komm.) Zu langer andauernder Anrufe kommt es dann als Redner erklärt, er kenne die Sorte Leute wie Trotski und Lenin — die deutschen Behörden haben völlig versagt.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth (mit dem Ruf empfangen: Wo bleibt der Reichswehrminister?): Jedes unvorsichtige Wort, das heute gesprochen wird, erschwert das Los unserer Brüder in der russischen Kriegsgefangenschaft. (Hört, hört! links.) Die im Februar über die ostpreussische Grenze gekommenen 50 000 Russen waren eine schwere Beunruhigung für die Grenzbevölkerung, und mühten auch nach dem Völkerrücktritt interniert werden. Dafür standen nur die ehemaligen russischen Kriegsgefangenenlager zur Verfügung. Da es dem Wehrministerium an den nötigen Beamten und Wachmannschaften fehlte, verließen die Lager in der Verwaltung des Heeresabwicklungshauptamtes, das noch eingearbeitetes Personal besaß und neue Zivilpersonen einstellte, weil die Entente es absehnte, daß die Polizei aus diesem Grunde verstärkt würde. Aus dieser Regelung mußten sich natürlich gewisse Schwierigkeiten und Unzutrefflichkeiten ergeben, zudem wir nicht mit einer langen Internierung gerechnet hatten. Jetzt aber sind Maßnahmen getroffen, um die Internierungsordnungsmäßig durchzuführen und eine Uebernahme der Zuständigkeit durch das Reichswehrministerium in Aussicht zu nehmen. Im übrigen hat das Heeresabwicklungshauptamt aber hervorragende gearbeitet, besonders auch Herr Schiefinger, gerade bei der Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland. Ich kann es nicht ablägen, daß eine solche Interpellation auf derartige Appassien geführt wird, wie es der Fall ist. (Anrufe rechts — Beifall links.)

Staatssekretär Ezejiensky (Vize des Heeresabwicklungshauptamtes): Wenn es dem Interpellanten um Abstellung von Missetäten erst gehen würde, so hätten sie bei zuständiger Stelle die Beschwerden vorbringen können. (Sehr richtig!) Man muß unterscheiden zwischen einem Rest der ca. 1 1/2 Millionen russischen Kriegsgefangenen, der noch in Deutschland zurückgelassen ist, und den anlässlich des letzten russisch-polnischen Krieges internierten bolschewistischen Heeresangehörigen. Wir finden es unglücklich, daß der Interpellant mit derartigen Vorwürfen hier auftritt. Ich muß unterstreichen, daß gerade jene am schwersten angegriffenen Herren ihre Pflicht erfüllt haben, und ich werde in der Lage sein, alle Angriffe als nicht zutreffend zurückzuweisen. Ich halte es für meine Pflicht, festzustellen, daß die vielen tausend Kriegsgefangenen und das deutsche Vaterland alle Ursache haben, dem Hauptabwicklungssamt für die Zurückführung der Gefan-

genen, ebenso wie über die Behandlung der Gefangenen seitens der Sowjetregierung dankbar zu sein. Ich muß es absehen, daß solche Vorwürfe vor dieser Versammlung gemacht wurden. Die Internierten genießen den Schutz des deutschen Reichs. Die deutsche Regierung ist, sobald sie Kenntnis von unzulässigen Vorgängen erhielt, sofort eingeschritten. Die meisten Behauptungen des Interpellanten gehen von falschen Voraussetzungen aus und es ist ganz überflüssig, solche Dinge ins Land hinauszutragen. Kein Gefangener kann gegen seinen Willen in ein anderes Land oder Staatsgebiet abtransportiert werden. Dem Wunsch nach Vorlage von Photographien, die ermordete Kriegsgefangene darstellten, wurde trotz der Zusage von Straflosigkeit nicht entsprochen. Ein Einschreiten gegen russische Zeitungen läge erst dann vor, wenn darin zum Sturz der deutschen Republik aufgefordert würde. Die Heeresverbände der roten Truppen in Ostpreußen werden zerfallen, eine neuerliche Zusammenfassung kann nicht mehr stattfinden haben. In keinem Fall ist erwiesen, daß Herr Kopp seine Befugnisse überschritten und sich in deutsche Angelegenheiten eingemischt hätte. Gegen das Verbot der Einmischung in deutsche Angelegenheiten seitens der russischen Kriegsgefangenen ist bis jetzt kein Verstoß bekannt geworden. Es haben nicht russische, sondern deutsche Kommunisten Annäherungsversuche in den russischen Kriegsgefangenenlagern gemacht. Seit 22. November besteht in sämtlichen russischen Internierungslagern eine verstärkte Lagerwache, welche der Wachmannschaft gestattet, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen bei Zusammenrottungen, Plünderungen und tätlichen Widerständen bei der Medererkennung. Alles in allem ist das von dem Interpellanten zusammengetragene Material durchsichtig und nicht stichhaltig.

Reichsfinanzminister Wirth: Von einer Regierungspartei (DVP.) wird mir heute mitgeteilt, daß sich Staatssekretär Ezejiensky in meiner Abwesenheit in weitgehenden polemischen Äußerungen ergangen hätte. Ich behalte mir vor, auf diese Äußerungen später einzugehen. (Große Anruhe, aus welcher die Stimme Lebedew's zu hören ist: Die Regierung macht sich doch lächerlich. Erneuter Lärm bei allen Parteien.)

Abg. Stücklen (Soz.): Die Vertreter Sowjetrußlands sollen aus Deutschland entfernt werden, damit die Vertreter des zaristischen Rußlands ihren Einfluß auf die Gefangenen geltend machen könnten. Die Deutschnationalen sind die Wortführer der Weisgardisten. Das ist der Kernpunkt ihres ganzen Vorgehens. Und was sonst vorgebracht wurde von dieser Seite, das sind nur mehr oder weniger geschickte verarbeitete maßlose Uebertreibungen. Bei so vielen Tausenden Gefangenen kann einmal etwas vorkommen. Im Kriegsfall sind wohlhabenden Bewachungssoldaten sogar 100 000 Rubel ausbezahlt. Die Rechte hat den noch in russischer Kriegsgefangenschaft Schmachtenden mit ihrer heutigen Rede einen sehr lächerlichen Dreck erwiesen, ich hoffe aber, daß Sowjetrußland nicht nachkündigen lassen wird. Wenn die Gefangenentransporte ins Stodes geraten sind, so hat die Rechte kein Recht, die Regierung anzugreifen. Die Heimtransporte hätten abgeschlossen sein, wenn sie nicht durch die Verfügung der Entente monatelang eingestellt gewesen wären. Als sie wieder erlaubt wurden, war uns der Landweg versperrt, und es kostete harte Mühe, bis uns der Völkerrücktritt Schiffe zur Verfügung stellte. Wenn Sie der Regierung daraus einen Vorwurf machen, daß sie überhaupt mit Sowjetrußland in Verbindung getreten ist, warum haben Sie dann nicht damals schon, als in der Nationalversammlung über das Abkommen mit Sowjetrußland verhandelt wurde, Einspruch erhoben? (Abg. Henning: Ich war damals nicht da. Heiterkeit.) Ihre Behauptungen stützen sich fast ausschließlich auf Artikel der Deutschen Zeitung, die in der letzten Zeit eine Masse Schamlosigkeiten vorbereitet, mit denen sie die Regierung zu überschültern möchte. Herr Hilger in Moskau ist zwar kein Bolschewik, und wenn er es auch wäre, er würde dadurch die Verdienste, die er sich um das Gefangenentransportwesen erworben hat, ungeschmälert bleiben. Das Kesseltreiben der Deutschen Zeitung gegen die Regierung und gegen Sowjetrußland beruht auf einem System niedrigen Spiegeltums. Setzt man in den Schamloskeitsberichten der Deutschen Zeitung statt „Bolschewismus“, „Sozialdemokratie“, so erlebt man nur eine Wiederholung von einm, wo von dieser Seite gegen die „sozialdemokratische Gefahr“ gearbeitet wurde, wie heute gegen die bolschewistische.

Daß wir heute in Deutschland keinen Bolschewismus haben, ist nicht das Verdienst der Rechten, sondern der Sozialdemokratie. (Geht richtig!) Von den 16 030 nach Ostpreußen übergetretenen Russen, die angeblich um Befreiung von russischen Terror haben, sind heute nur noch 3000 übriggeblieben, die aber in Wirklichkeit nichts von einem derartigen „Bittgesuch“ wissen. Die ostpreussischen Agrarier schrien zuerst Feter und Morbio über die russische Gefahr, und als die Russen abtransportiert wurden, jammerten sie neuerdings, man möge ihnen doch nicht alle Arbeitskräfte entziehen. Der Bolschewistenhörer der Deutschnationalen will nur einen Teil des Völkerrücktritts ins Bootshorn jagen. Wohl besteht eine kommunistische Propaganda im Internierungslager, jedoch läßt sich eine geistige Bewegung nicht mit dem Postkutschel aufhalten. Neben dieser Bewegung besteht in den Lagern eine sehr reine Spiegeltätigkeit, die von den Drahtziehern der Reaktion ausgeht. Übrigens ist es sehr interessant, daß sich der Abg. Henning das Material für die Interpellation erst nach der Interpellation auf einer Reise nach Danabrück verschafft hat. Die Uebernahme der Verwaltung der Internierungslager durch das Reichswehrministerium ist abzusehen. (Beifall links.) Nach einigen persönlichen Bemerkungen und ausbelehnter Geschäftsordnungsdebatte wird die Tagesordnung für Donnerstag 1 Uhr wie folgt festgesetzt: Unabhängige Interpellation gegen die letzten Noten der Reichsregierung, Befehlsgang, Befehlsgang, Weiterberatung der Interpellation Hergt. Schluß 7 Uhr.

Von Nah und Fern.

Drei Arbeiter verbrannt.
Eisen, 11. Dezember. Im Stahlwerk der Firma Thyssen löste sich eine Gießpfanne mit flüssigem Eisen. Der Inhalt überschüttete drei Arbeiter, die vollständig verbrannten.

Beim Rodeln tödlich verunglückt.
Sirsberg, (Schlesien), 15. Dezember. Auf der Zafelsall-Rodelbahn in Schreiberhau fuhr am Montag ein Schlitten gegen einen Holzstöß; dabei wurde eine Krankenschwester aus dem Schreiberhauer Krankenhaus getötet, eine andere schwer verletzt.

Für 2 Millionen Mark Getreide verbrannt.
Halle, 14. Dezember. Auf der Domäne Dörben (Branitz Sachsen) vernichtete ein Großfeuer für über zwei Millionen Mark Getreide und eine Anzahl wertvoller landwirtschaftlicher Maschinen.

Schweres Fliegerunglück.
London, 15. Dezember. Ein großes Flugzeug, das den Dienst zwischen London und Paris versieht, und gestern mittag den Flughafen Croydon verließ, ist abgestürzt. Der Führer, der Mechaniker und zwei Fluggäste wurden getötet, sechs Fluggäste verletzt.

Eisenbahnunglück in Lothringen.
Paris, 15. Dezember. Bei einem Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge bei Forbach wurden 17 Personen getötet und 15 verletzt, darunter 12 schwer.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inhalt:
Friedrich Müller, Vordorfer-Verlag.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei-Veranstaltungsgesellschaft, Leipzig

Buchhandlung Gustav Fock G. m. b. H.
Markgrafstraße 6
empfiehlt ihr großes
Weihnachts-Lager
von Büchern, Jugendbüchern, Klassikern, Romanen etc.
Weihnachtskataloge gratis und portofrei.

U.S.P.O. Gross-Leipzig

Liebertwollwitz, Freitag, 17. Dezember, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Hof. Tagesordnung: 1. Billigkeitlicher Sozialismus. 2. Genosse Floissner. 3. Ausprobieren. 4. Gemeinbedürft. 5. Verchiedenes. 6. Jubiläum. 7. Bericht. 8. Der Vorstand.

Das Zahnpulver Nr. 23

Gesetzlich geschützt. Die neue verbesserte Zahnpulver auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt P. Nahr. Erhält die Zähne gesund und blendend weiß. In allen Apotheken und Drogerien.

P. Schmitz Nachf.

Inh.: Martha Kreyer
Nikolaistraße 3, Specks Hof, Laden 20
Weihnachts-Angebote!
Billig! Blusen Billig!
Billig! Röcke Billig!
Elegante und einfache Ausstattungen. — Solide Preise!
Anfertigung von Damen- und Kinder-Garderobe.
Ab- und Umändern sofort.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahlstelle Leipzig)

Abstimmung

über Beitrags- u. Unterstützungs-Erhöhung

Freitag, den 17. Dezember 1920

Die Abstimmung findet in en Vertreten statt.
Die Arbeitstagen wählen im Arbeitsnachweis, Münzgasse 24, II., bis 1 Uhr, die Einzelmitglieder r auf dem Verbandsbureau, Tauch. Str. 19/21, II., bis 6 Uhr Stimmzettel und Listen müssen am Freitag, dem 17. Dezember, bis abends 7 Uhr, im Bureau abgeliefert werden.
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes sich an der Abstimmung zu beteiligen.
Die Ortsverwaltung.

Gürtel für Damen u. Herren

aus bestem Rind- und Lackleder, von 8 Mk. an. —
Einfache Ausführung von 1 Mk. an. — empfiehlt in grösster Auswahl
Karl Blalch, Windmühlensstr. 32, Tauchaer Straße 16.
Fabrik für Koffer, Taschen, Reiseartikel und diverse ff. Lederwaren.

Billige Lebensmittel!

Prima Weizen . . . 4.70 Mk. das Pfund
gelbe Weizen . . . 3.20 " " "
Makkah Weizen . . . 5.00 " " "
Bette Salzwasser . . . 8.35 " " "
Bette deutsche Weizenmehl 4.55 " " "
Je in Vorküchen von 20-25 Pfund brutto ab
Stuttgart, zahlbar im voraus auf Postchek-
konto 424 Stuttgart oder durch Nachnahme. —
Wenn Sie sich über meine niedrigen Preise
wundern, so bedenken Sie doch ich die Ware
vom Produzenten direkt zum Konsumenten
bringe und für Auslandsware, da ich direkter
Importeur bin, jede Umlaufsteuer weglassen.
Robert Hallmayer, Stuttgart 5 gent.
Lebensmittelgroßh. Tel. 546, 8530, 8521, 3514.

Weihnachts-Gebäck.

Plattkuchen per Bld. 3.50 Mk.
Baumbehang per Bld. 5.50 Mk.
Auslands-Katze, gar. rein, per Bld. 18 Mk.
H. Scheutler, Leipzig-Go., Wollentendorfer Str. 32, II.
Täglich von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr.

Kaufgeluche

Kaufe auterb. dff. Jodett-
Aniline, D. Gard.,
Mil. Anilins, Hohen Mäntel,
Leib- u. Bettw., Stiefel, Schuh
Windmühlstr. 32, Sa. A. IV. r.
Kaufe Herren-Garderobe
Militär-Sachen, *
Bett- u. Leibw., Verhaustrich,
Kilnt, Hanftische Galle u. vt.
Mil.-Entlassungsladen
Federbetten, Bettwäsche
Reithausische Uhren lauft
Wolf, Sternwartenstr. 30, 2d.
Bettwäsche, weiß und bunt,
neu und gebraucht, Leib-
wäsche, Tischwäsche, Insett,
saubere Federbetten, Verh-
hausische lauft reell Sorri
Brühl 11, III, Vorderhaus.
Bettwäsche, weiß und bunt,
Federbett, Bildstuck,
lauft Banerische Str. 42, II. I.
Defekttes Seta s. lauft, gelocht
Hofmann, Kapellenstraße 2.
Planino od. Flügel, gebt. s.
ff. gel. Off. m. Ana. v. Preis u.
Fabrikat an Robius, Leipzig
Schulstr. 3, vt. Tel. 14108.
Trichter, Grammophon mit
Blatt. s. lauft, gel. A. Kahler,
Gohlis, Wandeburger Str. 11.
Nähmaschine lauft
Kasse Nürnberg Str. 11.
s. v. D. Had lauft Keubn,
Weidmannstr. 7, Trommer.
Wteilen u. Metalle
ff. Daniel, Wl. Gleistr. 7.
**Papier- und
Pappen-Abfälle**
lauft ständig
Q. Neuschönel, Meißnerstr. 3.

Knochen

lauft ständig
Neuschönel, Meißnerstr. 3.

FELLE

ff. lauft, auch v. Händlern
P. Michewitsch & Sohn
Brühl 60 Hof. 2. Eile links

Kanin, Hasen

Felle jeder Art
lauft laufend
Eintaufszentrale
Weigler, Dorotheenpl.
5 Zimmerstraße 5.

Felle

lauft die Rauchwarenfirma
Rabinowicz & Co.
Nikolaistr. 28-32, II. Tel. 31109
Nicht in den Laden gehen!

Den Parteigenossinnen

und Parteigenossen der
U.S.P.O. empfehlen wir:

Die Rämpferin

Zeitschrift für Frauen und
Mädchen des werktätigen
Volkes. Erscheint aller 14
Tage mit einer 4wöchentlichen
Kinderbeilage. Sie kostet die Einzelnummer
50 Pfg. Durch die Organisa-
tion bezogen ist der Be-
zugspreis billiger.

Der Landbote

Unabhängig-politisch
Organ für die gesamte
werkstätige ländliche Be-
völkerung. Erscheint aller
14 Tage. Die Einzelnum-
mer kostet 25 Pfg. Durch
die Organisation bezogen
ist der Bezugspreis billiger
Leipziger Buchdrucker A.-G.
Verwaltung Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21.

Konsum-Verein Leipzig Plagwitz und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Für den Weihnachtstisch

empfehlen wir

Weiße Weine:	Rotweine:	Diverse Weine:
Hackenheimer inkl. Glas und Steuer 1/1 Fl. 28.80	Schweizer Rotwein inkl. Glas und Steuer 1/1 Fl. 19.80	Blutwein Santa Esperanza . inkl. Glas und Steuer 1/1 Fl. 27.60
Edenkobner " " " " " " " " 28.80	Roussillon " " " " " " " " 10.80	Wermutfruchtwein " " " " " " " " 4.80
Schloß Böckelheimer " " " " " " " " 31.20	Gundersheimer " " " " " " " " 25.20	Wermut Cordelio " " " " " " " " 24.00
Trarbacher 1917er " " " " " " " " 31.20	Türkheimer 1919er. " " " " " " " " 22.80	Apfelwein " " " " " " " " 4.80
Wellensteiner Brauneberg " " " " " " " " 28.80	Schweizer Rotwein inkl. Glas und Steuer 1/1 Fl. 19.80	Taragona, herb " " " " " " " " 19.20
Winnenheimer 1919er " " " " " " " " 22.80	Roussillon " " " " " " " " 10.80	Johannisbeerfruchtwein " " " " " " " " 9.00
Alsheimer 1919er " " " " " " " " 22.80	Gundersheimer " " " " " " " " 25.20	Johannisbeerfruchtwein " " " " " " " " 9.00
Türkheimer 1919er. " " " " " " " " 22.80	Türkheimer 1919er. " " " " " " " " 22.80	Erdbeerwein " " " " " " " " 9.00

Liköre:
Rosenlikör inkl. Glas und Steuer 1/2 Fl. 13.00
Magenlikör " " " " " " " " 14.00
Klosterlikör " " " " " " " " 15.00
Kräuterbitter " " " " " " " " 24.00

Zigarren in den Preislagen von 60 bis 150 Pfg. pro Stück
Gute Qualitäten von reinen Tabaken
Präsentzigarren in kleinen Packungen

Zigaretten sehr preiswerte Marken mit Gold, mit und ohne Mundstück

Baumlichte in verschiedenen Stärken billigst

Kaffee, geröstet aus eigener Brennerei, vorzügliche Zusammenstellung, das Pfund 28 Mk.

Brot aus unseren Brodfabriken in wirklich guter Beschaffenheit und vorzügl. Geschmack!

Fleisch und Wurstwaren preiswert und gut aus unserer eigenen Großschlächtere!

Es kann jede volljährige Person bei uns Mitglied werden.
Hindernisse für den Beitritt können von keiner Seite gemacht werden!
Jahresumsatz 1919 20 über 96 Millionen Mark
Umsatz im Monat Okt. 1920 über 14 Millionen Mark
Wir laden zum Beitritt ein.

Kaufen

nach wie vor sämtliche
rohen

Felle

Bildwaren, Zehaare
J. & J. Wagner
Brühl 21, III. *
Tel. 9980 : Fahrstuhl

Achtung!
Felle — Wolle — Metall
besal, alte, auch zerbrochene
Schalotten lauft
Max Streubel, Tel. 17417,
Grosse Fleischergasse 14. *

Felle, Schafwolle!

aller Art lauft von Händler
und Private **Rosner**,
Reichstr. 24, im Hof, Ecke
Goldbühnenstr. Tel. 15317.

Kaninfelle

lauft B. Krause,
Leipziger Str. 12. *

Felle!

Hasen
Kanin
Ziegen
Wildwaren
laufen
Gebr. Krauthammer
Blücherstraße 39.

Uhren

Gold- und Silberschmud,
Brillanten, Verhhausische,
Theater- und Prisenmaler,
Photographie, Musikwerke,
Geigen, Bandoneons Man-
doline, Gitarren,
Größter Ein- und Verkauf.
Waither Lory
15 Johannissgasse 15.

Windmühlensstr. 36

lauft man
die besten
u. billigsten
**Schall-
platten.**

Kleinen
Auswahl
Stets das
* Beste.
Musikhaus „Stern“
Windmühlensstraße 36
Beacht Sie unter Schaulenst.

Wer zuletzt lacht..

An eine Leserin,
die sich beschwert!

Sie schreiben uns:
„Wenn mein Mann nach-
mittags nach Hause kommt,
legt er sich aufs Sofa und
liest. Das ist ja sein gutes
Recht, aber es ärgert mich,
wenn ich in der Küche wirt-
schalte, daß er alle Augen-
blicke laut auflacht. Wenn
ich reingeh und ihn frage,
was er denn hat, sagt er
bloß: „Vag mich in Ruhe,
ich lese Büllinger!“ — Was
soll ich dagegen machen?“
Die Antwort ist einfach:
Lesen Sie
auch Büllinger!

„Büllinger u. seine Bucht“
ist in der Buchhandlung
und den Filialen der Leipziger
Bücherei zum Preise von
Mark 7.— zu haben.

...lacht am besten!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung.

Sonnabend, den 18. Dezember, nachmittags 1 Uhr, in der Lauchaer Straße.

An die Mitglieder des Ortsvereins u. d. d. Ost. Detach. Anger-Crottendorf. Wir warnen nochmals die Mitglieder der u. d. d. Ost. Detach. Anger-Crottendorf vor dem Neukommunisten Willi Weiner, wohnhaft Rendant, Holer Straße 90, pt. I. Er faßert immer noch Parteibeiträge bei Mitgliedern. Wir erfordern diese, seine Marken von ihm zu entnehmen, da nur unsere Parteiführer mit dem Ausweis vom Gen. Scheib versehen sind. Die Mitglieder müssen die Legitimation verlangen, damit die schwindelhaften Vorwürfe der Kommunisten aufhören.

Frauen und Mädchen vom Ostverein u. d. Ost. Heute, abends 7 1/2 Uhr, Frauenabend in der Silberpappel, Kirchstraße. Recht zahlreichen Besuch erwartet.

Laucha. Heute abend, Punkt 1/2 Uhr, Stadtverordnetenfraktion. Die Sitzung muß pünktlich beginnen, da um 8 Uhr eine weitere Sitzung stattfindet.

Deutsches. Freitag, abends 7 Uhr, treffen sich die Parteimitglieder im Schwärzen Jäger (kleiner Saal) zur Entnahme von Agitationsmaterial gegen den Religionsunterricht. Erscheinen aller ist Pflicht!

Bildungsausschuh. Freitag, den 17. Dezember, abends 6 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses im Geschäftszimmer. Allgemeines Arbeiterbildungs-Institut.

Eltern und Erzieher,

die für die freie weltliche Schule sind, ersuchen wir, sich an der Verbreitung des Aufklärungsblattes vom Leipziger Lehrerverein zu beteiligen. Diese Verbreitung findet am Sonnabend, dem 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

Thonberg-Neureuditz: Bibliothek, Stötteriker Straße 17. Stötterich: Bibliothek, Glastenstraße 27.

Alt-Leipzig: Volkshaus, Zeiger Straße; Goldner Ring, Glastenstraße 4; Apfelbaum, Burgstraße 7; Berliner Tor, Berliner Straße 15; Promenadenstraße, Promenadenstraße; Restaurant Lauchert, Ecke Gustav-Wolf- und Leibnizstraße.

Schönefeld: Filiale der Leipziger Volkszeitung. Gutrich: Filiale der Leipziger Volkszeitung. Wölkern: Carola-Bad, Mecklenburger Straße. Deutsches: Vater Jahn, Lindenauer Straße. Osten: Angerschlöschchen, Zweinaundorfer Straße; Grüne Aue, Bernhardtstraße; Sophieschlöschchen, Konradstraße; Krone, Würzner Straße; Restaurant Zonal, Meißner Straße; Volkszeitungsfiliale, Roskauer Straße.

Gohlis: Aldau-Ausschank. Mockau: Konsumverein Neu-Mockau. Wahren: Witzenschlöschchen. Böschlitz-Chrenberg: Volkszeitungsfiliale. Kleinschöcher: Bibliothek, Glastenstraße. Plagwitz: Volkszeitungsfiliale, Weißenseker Straße. Lindenau: Volkszeitungsfiliale, Obermannstraße. Die Elternräte für die weltliche Schule.

Aus dem Stadtparlament.

35 Tagesordnungspunkte erledigten die Stadtverordneten, dann hatten sie genug und ließen den Rest von 11 Punkten ab. Als erster Beratungsgegenstand kam das Theaterkonto zur Verhandlung. Aus den 500 000 Mk. Zuschuß, die schon seit Jahren für die städtischen Theater bewilligt werden, sind in diesem Jahre rund 4 Millionen geworden. Dazu kommen die Kosten für das Stadtorchester, so daß die Stadt für Theater und Musik im laufenden Jahre rund 5 Millionen aufwenden muß. Das ergibt auf den Kopf der Bevölkerung eine Ausgabe von 8 Mk., während für viel wichtigere soziale Aufgaben unendlich viel weniger verausgabt wird. Genosse Liebmann erklärte im Namen der unabhängigen Fraktion, daß bei der Finanzlage der Stadt solche Zuschüsse unmöglich gezahlt werden können. Wohl handelt es sich beim Theater um Kulturaufgaben, aber Kultur ist auch das Schulwesen, Schülerleistungen, Säuglingsfürsorge, Krippen, Krankenhäuser, Arbeitslosenfürsorge usw. Da all diese Dinge jetzt vernachlässigt werden müssen, weil kein Geld vorhanden ist, können auch für den Theaterbetrieb nicht mehr solche Riesenzuschüsse geleistet werden. Die Stadtverordneten nahmen einen Antrag an, mit dem vom Rat Vorschlag über die Gestaltung des Theaterbetriebes bei wesentlicher geringerer Zuschuß verlangt werden. Das wird entweder eine weitere Steigerung der Eintrittspreise oder eine Betriebsbeschränkung zur Folge haben.

Bei der Beratung des Kontos Straßenbahnen verzüchte der Vorkämpfer, Genosse Seger, den zu erwartenden Redestrom einzudämmen durch den Hinweis auf die andre „Gelegenheit bei der Beratung der Tarifserhöhung“. Geholfen hat das freilich nichts, weil es eben der Klagen zu viele sind, die gegen die Straßenbahn erhoben werden. Genosse Scheib trat den Rat auf den Kopf, als er sagte: Auch wir haben eine Menge Klagen; wenn aber, wie heute wieder von den bürgerlichen Parteien, aus jeder Fraktion fünf Mann reden wollten, dann kämen wir überhaupt nicht zu Ende. Die Ausschüsse beantragten, das Konto nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß die verfallenen Stroden in Stötterich und Gutrich wieder voll ausgefahren werden. Das klang sehr annehmbar; als aber Stadtbaurat Dr. Peters vorrechnete, die Wiederaufnahme des Verkehrs auf der jetzt verfallenen Strecke der Linie 6 koste 425 000 Mk., bei der Linie 5 448 000 Mk. und bei der Linie 16 137 000 Mk., da wandelten die Stadtverordneten die Bedingung in ein Ersuchen an den Rat um weil sie den Fehlbetrag nicht ohne weiteres um eine Millionen steigern wollten.

Eine Eingabe der Fleischernung wollte aus den neuerdings für Kleinwohnungsbaue bewilligten Mitteln zur Fertigstellung ihres Wohnhausneubaus auf dem Schloßberggrundstück in der

Dresdner Straße Bauantrag. Die Mittelständler treten lebhaft dafür ein, die Stadtverordneten lehnten aber mit 34 gegen 27 Stimmen ab, nachdem Genosse Kolbe darauf hingewiesen hatte, daß kein Grund vorliege, der Fleischernung eine Million aus öffentlichen Mitteln zu schenken. Einen gleichen Mißerfolg erzielten die Mittelständler, als sie gegen die Bewilligung von 250 000 Mk. zum Bau von 11 Strohgeschuppen an der Tabakmühle Sturm ließen.

Den Abschluß der Beratungen bildeten die neuen Steuervorlagen. Der Rat hatte bekanntlich bei der Zulassung zur Reichseinkommensteuer die von den Stadtverordneten beschlossene steuerfreie Grenze zu hoch gefunden; daher war er dem Beschluß der Stadtverordneten nicht beigetreten. Da aber die Stadtverordneten in der gestrigen Sitzung bei ihrem Beschluß beharrten, wird dem Rat nichts andres übrig bleiben, als dem Beschluß der Stadtverordneten beizutreten, wenn er überhaupt die Steuer haben will. Dann wird aber auch dem sächsischen Finanzamt nichts andres übrig bleiben, als seine Zustimmung zu erteilen. Dazu wird vielleicht auch die kurze Anfrage beitragen, die von der unabhängigen Fraktion in dieser Sache im Landtage eingebracht worden ist.

Ram dieser Teil der Steuervorlage ohne wesentliche Debatte im Kollegium zum Abschluß, so brachte die Vorlage über die Gewerbesteuer eine lange Aussprache. Alle oder fast alle Mittelständler meldeten sich zum Wort, manche sprachen mehrmals. Herr Vollerhoff redete vom Erdrosseln der Gewerbetreibenden was aber schon dadurch als unberechtigte Uebertreibung gekennzeichnet wird, daß die Demokraten, die doch wachste Karikatürvertreter sind, für die Steuer einzutreten und stimmten. Die Mittelständler wandten sich besonders dagegen, daß die Konsumgenossenschaften (auch Beamtenkonsumvereine usw.) von der Steuer befreit sein sollten; aber auch damit blieben sie in hoffnungsloser Minderheit. Die Genossen Böhle und Krüger saßen den Herren, worin der Unterschied zwischen Gewerbetreibenden und Konsumgenossenschaften besteht. Gegen 18 Stimmen wurde die Vorlage nach den Beschlüssen der Ausschüsse angenommen.

Die Regiearbeiten im Interesse der Steuerzahler?

In Leipzig werden Regiearbeiten in städtischen Grundstücken zum Teil in eigener Regie ausgeführt. Das ergibt den Jörn der Anwesenheitsmäßigen. Einer dieser Herren hat sich in die Sächsische Arbeiterzeitung (vom 20. 11. 1920) geäußert und von hier aus einen Verteilungsfeldzug gegen die Regiearbeiten unternommen. Er läßt einen Geheißten aller der Regierenden über gemächliches Arbeiten erzählen. Die Arbeitszeit betrage wohl 8 Stunden; es würde aber nicht mehr als 2 Stunden positive Arbeit in der Woche geleistet. Die übrige Zeit würde herumgeschlendert, gestrüßelt usw. Man muß aber auch in der Wohnung eines Stadtbauamts vom Tiefbauamt — auf Kosten der Steuerzahler — Regiearbeiten zu verrichten. Die Leipziger Filiale des Zentralverbandes hat diesen Artikel sofort dem Rat der Stadt Leipzig zugehen lassen, damit er eine eingehende Untersuchung unternommen sollte. Diese ist auch erfolgt, und der Rat schreibt dem Zentralverband der Maler, Gerberstraße 1:

Wir haben Abschriften des Artikels der Sächsischen Arbeiterzeitung den einzelnen Abteilungen des Hoch- und Tiefbauamtes zur Prüfung und Aeußerung vorgelegt und lassen Ihnen anknüpfend das Ergebnis dieser Umfrage (in Urchrift) zugehen. Unregelmäßigkeiten im Regiebetrieb sowie Verschleppungen des Personals im Sinne des Artikels der Arbeiterzeitung vom 20. 11. 1920 sind nach den bez. Ausprüchen aller in Betracht kommenden Abteilungen nicht vorgekommen. Wir ersuchen nach Kenntnisnahme der Vorklagen um deren Rückgabe an das WBA. Wohnungsbaueamt. Caspel.

Damit ist festgestellt worden, daß es sich lediglich um Verteilungsarbeiten handelt. Wie in einzelnen die Regiearbeiten beurteilt wird, geht aus nachstehenden Aeußerungen hervor: Wohnhausföhlung u. Modau. 1. 12. 1920. Der Einsender des vorstehend abgedruckten Artikels spricht vom Tiefbauamt. Stöhlung u. Modau kommt also danach nicht in Frage. Diese Schilderung würde auch für diese Bauanlage ganz unzutreffend und falsch sein. Die Regiearbeiten — sie sind sehr brendel — sind, soweit sie im Einzelbetrieb ausgeführt wurden, sehr flott und in kurzer Zeit hergestellt worden. Eine derartige Verzettlung, wie vorstehend geschildert, hat auf keinen Fall stattgefunden.

Heilanstalt Thonberg. 1. 12. 1920. In der Heilanstalt Thonberg ist der Arbeitsbetrieb scheinbar Regiemäßig vor sich gegangen, daß ein Verordneter mit der vorgezeichneten Schilderung überhaupt nicht in Frage kommt.

Eine Heranziehung der Regiemäßig zu privaten Arbeiten in Wohnungen von Beamten ist nicht erfolgt.

Vom Zentralverband der Maler wird uns zu der Angelegenheit noch geschrieben: Wir haben sofort, nachdem uns die Sächsische Arbeiterzeitung mit dem Artikel in diesem Sinne in den Händen gekommen waren, Erörterungen angestellt und wir sind in der Lage erklären zu können, daß der Artikel vollständig aus dem Rahmen gelassen ist. Unsere Erklärung läßt sich auf die Urunterschriften sämtlicher an den Regiearbeiten beteiligten Malermeister und Arbeiter sowie des Hoch- und Tiefbauamtes (Wohnungsbaueamt) Bauinspektoren und Stadtbauamts.

Wir erklären weiter dieser Artikel so lange als eine bewusste Verleumdung, bis der Schreiber den Rat findet, für seine Verleumdungen den Wahrheitsbeweis anzutreten und seinen Namen zu nennen. Wir fordern ihn hierzu öffentlich an. Gleichzeitig fügen wir noch hinzu: Dieses Mandat ist zu durchsichtig. Hat doch der Artikelsschreiber sich die Arbeiterzeitung herausgeholt, die in Dresden erscheint. Wir fragen: Warum hat er nicht sein Verbleib, die L. N. N., dazu benützt? Oder haben die L. N. N. diesen plumpen Schmähartikel vielleicht gar abgelehnt? Nur wollen wir gleich selbst antworten: Der Herr dachte, der verachtete Malerverband stellt die Dresdnerin nicht und bei den übrigen Regiemäßigern wird schon was hängen bleiben. Wir verargern die Leipziger Arbeiterzeitung nicht, beweist daß in Nr. 43 der Sächsischen Arbeiterzeitung im Artikel: Regiearbeit und Malerinnung der Nachlaß steht, daß bei künstlichen Wohnverhältnissen vom Verband der Maler einseitig werden möchte, daß er die Regiearbeit ablehnt und sie nicht mehr pronanziert noch ausführt. Man will also gewisse Vorbedingungen von der Abnahme der Regiearbeit abhängig machen.

Dadurch werden wir uns nicht irremachen lassen, wir sind bei festen Ueberzeugung, daß die Regiearbeiten die Herstellungskosten bedeutend erniedrigt durch die Ausschaltung des Unternehmergewinns und daß somit auch die Steuerzahler Leipzigs eher auf ihre Rechnung kommen, als wenn ein Malermeister zufrucht, wie gearbeitet wird und den Profit einsteckt. Wir werden

bei der Lage weiter verfahren und bei passender Gelegenheit den Herren Malermeistern die Submissionsstellen vor Augen führen, die sie den Bauämtern einreichen.

Ausschussung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

An der am 10. Dezember im Geschäftszimmer des Volkshauses stattgefundenen außerordentlichen Versammlung haben 51 Vertreter der Kassennmitglieder und 13 Vertreter der Arbeitgeber teilgenommen. Die Tagesordnung lautete: 1. Beschlusfassung über Forderung der Dienstordnung der Angestellten. 2. Beschlusfassung über einen Nachtrag zu § 19 Absatz 3, § 66 Absatz 7 der Satzung. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Anke, gab bekannt, daß noch ein 3. Punkt: Die Bildung eines Zweigverbandes behufs Uebernahme der Lokale auf die Tagesordnung gesetzt werden mußte. Die Versammlung war hiermit einverstanden. Zu Punkt 1 der Tagesordnung befragte der Vorsitzende des Personalausschusses, Herr Reinhardt, im ausführlicher Weise die Urfragen die dazu geführt haben, der heutigen Verlesung den 10. Nachtrag zur Dienstordnung der Angestellten vorzulegen. Als Ergebnis vielfacher Verhandlungen sei sich der Vorstand schuldig geworden, den Beamten der Kasse die erbetene Beförderung nach den Staatslisten zu bewilligen. Der Ausschussvorsitzende hinfügte, daß die beiden Beamtenorganisationen in dieser Frage eine Einheitsfront gebildet hätten. Die jetzt bewilligten Beförderungen könne man wohl als vorbildlich bezeichnen. Der 10. Nachtrag zur Dienstordnung wurde mit den Abänderungsvorschlägen einstimmig angenommen. Zu Punkt 2 befragte Herr Kassenvorstand Herr Brüh in seinen Parlaenzen die Notwendigkeit, die Krankenkasse bis zum Ablauf der 40. Woche zu erhöhen. Gleichzeitig nahm er auch Bezug auf in früheren Ausschusssitzungen vorgebrachte Beschwerden über Kassennärzte und gab hierbei ein Schreiben der ärztlichen Vertrauenskommission bekannt, die in einem zum Austrag gekommenen Falle das Verhalten des betreffenden Arztes verurteilt habe. Jeder Kassennarzt sei verpflichtet zur ärztlichen Hilfeleistung verpflichtet. Herr Anke ersuchte alle Mitglieder der Kasse zu melden, in denen der Arzt seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Die Bestimmung zur Abänderung des § 19 Absatz 3 erach einstimmig Annahme, ebenso die Forderung des § 66 Absatz 7 der Satzung. Weiter wurde vorschlagen, den Kassenvorstand zu ernennen, reaktionelle notwendige Forderungen selbstständig vorzunehmen. Dieser Antrag wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Zu Punkt 3 referierte Herr Direktor Uhlmann in ausführlicher Weise über die Bildung eines Zweigverbandes der Kassen im Bereich des Oberverwaltungsamtes Leipzig zur Uebernahme des Charaktes in Leipzig. Das Interesse der Kasse hierfür sei zu bekämpfen und habe der Vorstand im Prinzip Geneiligkeit angedeutet, dem zu gründenden Zweigverbande, dem in Zukunft wohl auch noch andre Aufgaben zugewiesen werden würden, beizutreten und sich mit einem Beitrag daran zu beteiligen. Der Ausschuss erklärte hierzu sein Einverständnis.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Gefährdung der Gasversorgung Leipzigs. Infolge des Streiks der Arbeiter in den sächsischen Steinkohlenwerken sind die Eingänge an Gasohlen bei den städtischen Gaswerken außerordentlich gering und der vorhandene geringe Vorrat an Gasohlen schnell aufgebraucht. Infolge dessen ist die Gasversorgung der Stadt Leipzig gefährdet. Der Rat beschließt, die Gasversorgung der Stadt Leipzig durch die Beschaffung von Gasohlen aus anderen Quellen zu sichern. Der Rat beschließt, die Gasversorgung der Stadt Leipzig durch die Beschaffung von Gasohlen aus anderen Quellen zu sichern.

Auszahlung der Gehaltsbesätze vom 21. Dezember ab. Zahlreichen Wünschen aus dem Kreise der städtischen Beamten und Angestellten entsprechend wurde beschloffen, die Gehaltsbesätze, die eigentlich erst am 31. Dezember und 2. Januar auszusahlen wären, schon vom 21. Dezember ab an die Beamten, Angestellten und Hilfsangestellten auszahlen zu lassen.

In der Hilfeleistung der städtischen Feuerwehre bei Bränden außerhalb des Stadtgebietes wurde infolge einer Erleichterung genehmigt, als künftig bei Bränden in auswärtigen Fabriken die Leipziger Feuerwehre auch auf Grund der Fabrikanten selbst, also auch ohne Vermittelung der Gemeindebeamten, Hilfe leisten soll, vorausgesetzt, daß sich die Fabrikanten verpflichten in jedem Falle der Hilfeleistung die festgesetzten Gebühren zu zahlen.

Die Neuwahlen der Beisitzer für das Kaufmannsgericht zu Leipzig sind ausgeschlossen worden. Sie finden für die Unternehmern am 5. Februar, für die Handlungsgehilfen am 6. Februar, statt. Vorschlagslisten sind bis spätestens Donnerstag, den 20. Dezember 1920, bei der Gerichtsschreiberei des Kaufmannsgerichts, Stadthaus, Zwischengeschloß, Zimmer 712, einzureichen. Die weiblichen Personen haben wohl das Wahlrecht, so weit sie das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirk des Kaufmannsgerichts ihre Handelsniederlassung haben oder beschäftigt sind, aber sie dürfen nicht zu Beisitzern gewählt werden. Das alte Privileg des männlichen Geschlechts ist also auch nach der Novemberrevolution in der „demokratischen“ Republik aufrechterhalten worden. An der Entziehung des weiblichen Geschlechts wird festgehalten trotz aller Phrasen über die „freie und demokratischste Republik der Welt.“

Der Frauendank, Götschenstraße 2, im Hofe rechts, zeigt in seinen geräumigen Möbelhallen Zimmerreichtungen, Rücken, Einzelmöbel, Hausrat, buntes Speise- und Tischgeschloß. Die Gegenstände stehen zum Verkauf bereit. Besichtigung ist, wie man uns schreibt, gern gestattet, und die Leiterinnen des Frauendankes geben jederzeit freundliche Auskunft über Barverkauf und Katenzahlung. Das laufende Publikum ist herzlich eingeladen.

Zur Erleichterung des Weihnachtseinkaufsverkehrs werden am Sonntag, den 10. Dezember d. J. die Züge 1533/1534 zwischen Leipzig Hbf. und Großbothen (Abf. in Leipzig Hbf. 11⁰⁰ vorm. Ankunft in Leipzig Hbf. 2⁰⁰ nachm.) abgefahren. Außerdem verkehrt anstelle des Sonntagszuges 4514 (ab Leipzig Hbf. 2⁰⁰ nachm.) der Personenzug 4548 nach Bad Lausitz (ab Leipzig Hbf. 5⁰⁰ nachm.).

Verhütung der Strafbestimmung. Der Rat schreibt den Stadtverordneten. Weil im Laufe d. J. die Grubenräumungsgebühren mehrfach wesentlich erhöht worden sind, haben zahlreiche Grundstücksbesitzer in solchen Teilen der Stadt Leipzig, in denen die Räumung der Abortgruben durch die Leipziger Dünger-Export-Ges. zu erfolgen hat, die Räumung selbst oder durch Beauftragte, insbesondere Landwirte, vornehmen lassen. In den letzten Monaten hat dieses unzulässige Verfahren der Grundstücksbesitzer derartig überhand genommen, daß die D. E. G. A. G. nicht mehr voll beschäftigt ist und die Gefahr ihres wirtschaftlichen Zusammenbruchs besteht, wenn nicht alle Mittel zur Bekämpfung dieses Uebelstandes angewandt werden. Zu Unrecht des gesunkenen Geldwertes und der erheblichen Gefahr, die die Hausbesitzer durch die Umgehung der Gesellschaft erlitten könnten die vorgesehene Geldstrafe bis zu 50 Mk. nicht, um die Hausbesitzer zu veranlassen sich zur Räumung der Gruben der Gesellschaft zu bedienen. Wir stellen daher eine Forderung des Höchstmaßes der Geldstrafe auf 150 Mk. für geboten. Der Rat hat deshalb beschlossen, das Ortsgesetz über die Düngerabfuhr demgemäß zu ändern und er ersucht die Stadtverordneten um Zustimmung.

Postbeförderung Hamburg-Leipzig. Ueber die mangelhafte Beförderung der Posten zwischen Hamburg und Leipzig war beim Verkehrsverein Beschwerde geführt worden. Dieser

versteht, wird nicht gesagt. Man darf also annehmen, daß die Befreiung der kleinen Einkommen, die von der Einkommensteuer befreit sein sollen, den Einkommen überlassen wird. Die Ansicht des sächsischen Finanzministeriums, daß Gesamteinkommen bis zu 5000 Mk. allgemein darunter fallen, könnte auch noch zu dieser Annahme berechtigen, wenn nicht weiter von „ungerechtfertigt hoch gesteckter Steuerfreiheit“ gesprochen würde.

Die sächsischen Landessteuerämter und die mit zur Beurteilung der Gemeindefeuergehalte besetzten Verwaltungsbehörden haben sich nun für die Begriffe „einfacher und einheitlicher Maßstab“ und „kleine Einkommen“ Richtlinien gestellt, nach denen die Ortsgerichte genehmigt, meistens aber nicht genehmigt werden. Als „einheitlicher Maßstab“ wird zunächst die Besteuerung der Feuergehalte festgelegte Höchstgrenze, das ist z. B. bei 8000 Mk. feuerpflichtigem Einkommen 17 Proz., bei 10 000 Mk. 19 Proz., bei 14 000 Mk. 13 Proz. usw. (Für 1920 ist bei Verteilung die Hälfte des steuerfreien Einkommens zu veranlagern.) Als „kleine Einkommen“ das im Höchstfalle auf 5000 Mk. zu lassen ist, wird angenommen für Ledige; in kleinen Gemeinden 5000 Mk., in größeren Gemeinden 6000 Mk.; für Verheiratete (darunter auch solche, die Angehörige unterhalten) ohne Staffeln nach Angehörigen; in kleinen Gemeinden 8000 Mk., in größeren Gemeinden 10 000 Mk.; wenn Staffeln nach Angehörigen erfolgt, soll die Staffelnung in kleinen Gemeinden bei 7000 Mk., in größeren Gemeinden bei 9000 Mk. beginnen.

Die Gemeinden hatten in letzter Stunde noch einen Ansporn zur Einführung der Einkommensteuer nach vorstehenden Maßstäben bekommen durch folgenden Erlaß vom sächsischen Ministerium des Innern:

„Eine Besprechung des auf Grund von § 18 Abs. 3 des Vollzugsgesetzes zum E.-St.-G. (G. und B.-Bl. S. 316) eingesetzten Ausschusses hat die vorläufige Uebereinkunft aller Mitglieder dieses Ausschusses dahin ergeben, daß Bewilligungen aus dem Haushaltsbudget in der Regel davon abhängig zu machen sein werden, daß eine Gemeinde sämtliche vorhandene Steuermöglichkeiten voll erschöpft hat.“

Nur ganz gewöhnliche Gemeindeforderungen werden diesen Erlaß so auslegen wie die Steuerbehörden und ihre Gemeindefunktionäre bis zum Weihnachtsschreiben. Vernünftige Gemeindeforderungen haben die kleinen Einkommen viel höher angesehen, als die Drohung, daß sie vom Haushaltsbudget nichts bekommen, wird sie von ihrer besseren Einsicht nicht abbringen. Sehr fraglich ist noch, ob die sächsischen Steuerbehörden zu ihren Auslegungen und Maßnahmen berechtigt sind.

Die von den oberen Behörden anvisierten Normsätze wurden schon von verschiedenen früheren Stadtmeyern ebenfalls bestimmt. So hat Borna für Ledige und Verheiratete 12 000 Mk. festgelegt. Der Kreisaußschuß Dresden hat daraufhin den Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung wohl annehmlich, jedoch nur unter der Bedingung, daß die feuerfreie Einkommensgrenze für Ledige auf 6000 Mk. und für Verheiratete auf 8000 Mk. festgesetzt wird. Der Kreisaußschuß und das Provinzialparlament Dresden sind der Ansicht, daß die von den Stadtvorordnungen festgesetzte Steuerfreie Grenze von 12 000 Mk. entschieden zu hoch sei. Die Stadtvorordnungen halten aber an ihrem Beschlusse fest; sie haben gegen die Entscheidung des Kreisaußschusses Protest eingelegt und erklärt, daß die Höhe der Steuerfreiheit nicht unverändert annehmlich werde, die Einkommensteuer nicht einzuführen werden. Der Kreisaußschuß hat sich daraufhin nochmals mit der Sache befaßt und beschloß, von dem Protest Kenntnis zu nehmen, ihn aber nicht als verbindlich anzusehen. Die Gesamtkonferenz des Provinzialparlamentes wurde in Aussicht gestellt, wenn sich der Beschuß der Stadtvorordnungen mit den vom Kreisaußschuß erlassenen Richtlinien deckt.

Nach dem sächsischen Gemeindefeuergesetz müssen Ortssteuergrößen vom Gemeinderate in zwei hintereinander folgenden, mit 14-tägigem Zwischenraume stattfindenden Sitzungen angenommen werden, wenn die Nachzahlung feststehen soll. Dem Gemeinderat nach dem Geschehen, was diese Entscheidung etwas läßt erkennen, er wolle aber Beschlüsse nachholen und nicht einen Protest einlegen zur Unterbreitung der Sache. „Als erste Lösung“ sollten die Gemeindefunktionäre ihre Zustimmung zu einem Ortssteuerbeschlusse geben, nach welchem feuerfreie Einkommen bei Verheirateten von 3000 Mk., (Ledige) und 5000 Mk. (Verheiratete) erreicht werden sollte. Die Arbeitervertreter hatten aber kein Bedenken für die Abstimmlung, aus der unten etwas folgt. Sie nahen Worten dagegen, in der darauf anstehenden Gemeindefeuerbesitzung lehnten sie das Steuerrecht ganz ab.

Die Kommunisten zum Bergarbeiterstreik.

Die Kommunisten haben folgenden Dringlichkeitsantrag im Landtag eingebracht:

1. Die Regierung hat sofort zu verfügen, daß die Forderungen der Bergarbeiter auf Lohnerhöhung und Teuerungsauslagen rechtlich bewilligt werden.
2. Die Regierung muß mit allen Mitteln dahin wirken, daß die Lohnerhöhungen keineswegs eine Kohlenpreiserhöhung zur Folge haben.
3. Die Regierung verfügt: Die Zehrenten werden beauftragt, sofort eine Rentabilitätsprüfung aller Zechen durchzuführen. Auf Grund der Ergebnisse wird unter entschiedener Mitwirkung der Zehrenten der Kohlenpreis festgelegt.
4. Es sind sofort alle Vorbereitungen zu treffen, um die Selbstständigkeit auf allen sächsischen Gruben einzuführen.
5. Auf allen Gruben, die im Besitz des sächsischen Staates sind oder unter dem maßgebenden Einfluß des Staates stehen, sind die Forderungen 1-4 sofort zu verwirklichen.
6. Die Grubenbesitzer, die sich der Lohnerhöhung, der Preisfestlegung unter entschiedener Mitwirkung der Zehrenten und der Einführung der Selbstständigkeit widersetzen, sind ohne Entschädigung zu enteignen.

Wie Manara setzt, stellen die Kommunisten die Lösung wirtschaftlicher Fragen als sehr leicht hin. Man wird aber wohl nicht zusehen in der Annahme, daß sie an die Durchführbarkeit dieser Forderungen im Rahmen der sächsischen Verfassung selbst nicht glauben. Um die an sich geraden Forderungen durchsetzen zu können, müßte die Arbeiterkraft im Besitz der politischen Macht sein. Vorausgesetzt zur Erreichung dieser ist aber, daß die Arbeiterkraft fest und eins zusammensteht und sich nicht gegenseitig zerstreut. Die Kommunisten haben bisher alles getan, was dazu angetan ist, die Einheit der Arbeiterkraft zu sprengen, sie haben also selbst die Voraussetzungen zerstört, auf Grund deren sich ihre eigenen Forderungen verwirklichen lassen könnten. Vorläufig steht der Verwirklichung der Forderungen die Reichsversammlung entgegen, die die Kommunisten mit noch sozialer Maut aufrufen nicht; aus der Welt komplimentieren können. Die sächsische Regierung ist nicht in der Lage, die kommunistischen Demonstrationen durchzuführen, selbst wenn sich eine erdrückende Mehrheit für diese im Landtag finden würde.

Kommunistische Anträge im Landtag.

Die Kommunisten haben im sächsischen Landtag folgende Anträge eingebracht:

1. Die Regierung wird beauftragt, mit allem Nachdruck beim Reich dahinzuwirken zu wirken, daß die Forderungen der Eisenbahner und der Beamten rechtlich bewilligt werden.
2. Die Regierung wird beauftragt, so schnell als möglich einen Gelektentwurf vorzulegen, welcher die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe in Sachsen vorsieht.
3. In der Geschäftsordnung des Landtags sind sämtliche Bestimmungen (§ 10 von Satz 2 an, § 11, § 10 Abs. 2) zu streichen, die nichtöffentliche Sitzungen im Plenum und in den Ausschüssen vorsehen. Alle Sitzungen sind öffentlich. — Ramentliche Abstimmung hat stattgefunden, wenn eine Fraktion des Landtags dies verlangt. § 8 Abs. 1 ist entsprechend abzuändern.
4. Die Regierung wird beauftragt, von der Reichsregierung zu fordern, daß die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland sofort in vollem Umfange aufgenommen werden.

Und deswegen so großes Geschrei? Daß die Beamten und Eisenbahner menschlich entlohnt und daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland aufgenommen werden, sind seit langem die Forderungen der sozialistischen Parteien, während gerade die Beamtenfragen die Kommunisten zuweisen eine recht merk-

würdige Stellung eingenommen haben. Von der geistigen Kräfte der neuen Fraktion zeigt es, daß sie einen so alten „Lebenslüge“ wie der unentgeltlichen Geburtshilfe als junkelgeschworne An trag präsentiert. Da ja gerade einer, diese Gesellschaft sei nicht revolutionär.

Folgen des Bergarbeiterstreiks.

Aus Dresden wird gemeldet:

Der Aufruf an die Bevölkerung, mit Rücksicht auf den Streik der Bergarbeiter in Sachsen sich der möglichst Einschränkung des Gasverbrauchs zu befleißigen, hat die gewünschte Wirkung selber nicht gehabt. Es ist die Abgabe der Gaswerke am Montag im Gegenteil noch größer gewesen als normal. Kohlen sind nicht mehr eingegangen, und es kann mit den vorhandenen Beständen die Gasversorgung höchstens bis Donnerstag früh aufrechterhalten werden. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Gasabgabe aus den Gaswerken schon am Mittwoch tagsüber eingestellt werden muß.

Verteuerung der Elektrizität auch in Dresden. Der Stadtrat in Dresden hat beschlossen, den Fahrpreis an den städtischen Straßenbahn auf 30 Pf. für Fahrten im Stadtbereich und auf 1 Mk. für längere Strecken zu erhöhen. Umittelbar eintreffende Kosten im Tagesverkehr 1.20 Mk. im Nachtverkehr haben sie keine Geltung.

Die Städtische Staatsbank in Dresden, die bisher nur eine Niederlassung in Leipzig unterhielt, eröffnet am 3. Januar eine Niederlassung in Zwickau.

Stollberg i. Erzgeb. Wassermangel. In verschiedenen umliegenden Landorten herrscht zufolge monatelanger Trockenheit ein harter Wassermangel, der zur Katastrophe ausarten dürfte, da nun harter Frost eingetreten ist.

Falkenstein. Für die diesjährigen Stadtvorordnungen haben sich eine Anzahl Berufsvereinigungen zu einer unparteiischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, welche mit einer gemeinsamen Kandidatenliste hervortreten wird. Außerdem werden die Deutschdemokratische Partei, die S. P. D., die U. S. V. und die Kommunisten je eine Liste aufstellen.

Gewerkschaftsbewegung.

Schiedspruch in der Leipziger Metallindustrie.

Vom Schlichtungsausschuß Leipzig wurde am Mittwoch zu dem Streik in der Leipziger Metall-Industrie folgender Schiedspruch gefällt:

Die Mindestlöhne für Lohnarbeiter werden von der laufenden Lohnwoche ab um 10 Prozent erhöht. Die Mindestlöhne für Akkordarbeiter bleiben bestehen. Hierzu kommt ebenfalls von der laufenden Lohnwoche ab für sämtliche Arbeiter, gleichviel ob Facharbeiter, angelernte oder ungelernete Arbeiter, ob Akkord- oder Lohnarbeiter und für sämtliche Arbeiterinnen eine zu zahlende Teuerungszulage von

80 Pf. für die Stunde für Arbeiter u. Arbeiterinnen über 25 Jahre	31
70 " " " " " " " " " " " "	21
60 " " " " " " " " " " " "	18
50 " " " " " " " " " " " "	15
unter 18	

Nachdem ist für jede Ehefrau und jedes Kind unter 14 Jahren, bezw. bis zum Verlassen der Volksschule eine wöchentliche Familienzulage von 10 Mk. zu zahlen, ohne Beschränkung der Anzahl der Kinder, die im Haushalt des Arbeiters oder von der in der Woche geleiteten Stundenzahl abhängig gemacht werden soll.

Die Parteien haben den Schlichtungsausschuß bis zum 23. 12. 1920 zu erklären, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen. Innerhalb zweier Wochen kann für den Fall, daß eine Partei den Schiedspruch nicht anerkennt, dessen Verbindlichkeitsklärung durch den Demobilisierungskommissar beantragt werden.

Heute abend, 13 Uhr, werden im Volkshaus die Funktionäre und Betriebsräte der Leipziger Metall-Industrie und morgen, Freitag, die Streikenden in Bezirksversammlungen zu dem Schiedspruch Stellung nehmen.

Recht eigenartige Methoden

befiehlt der Fleischermeister Paul Kutz, Schloßgasse 66, der seinen Gesellen nach einundneunzig-jähriger Tätigkeit mit der Begründung entläßt, daß er für sein Gehalt nicht geeignet sei. Daß dies nur ein vorgeschobener Grund ist, ist ja für jedermann klar und wird noch dadurch treffend illustriert, daß dieser Herr seinem Gesellen erklärte, da dieser Mitglied des Zentralverbandes sei, unterlasse er doch nur die Forderung, die die Fleischermeister bekämpften. Als der Kollege darauf erklärte, er wisse, weshalb er im Verbands sei, wurde die Kündigung ausgesprochen. Fleischermeister Kutz will also von organisierten Fleischergesellen nichts wissen, folgerichtig will er auch von den organisierten Käufern ebenfalls nichts wissen. Die organisierte Arbeiterkraft, besonders die Arbeiterinnen der Köcherei und Umgebung, machen wir auf diesen reaktionären Fleischer, der die einfachsten Rechte seiner Beschäftigten nicht anerkennt, aufmerksam und empfehlen ihn der Berücksichtigung der tausenden Arbeiterkraft.

Zentralverband der Fleischer. Ortsverwaltung Leipzig.

Die Tarifbewegung im Leipziger Einzelhandel beendet.

Im Anschluß an nahe leistungsgangene Notiz über die Tarifbewegung im Einzelhandel ist heute folgendes zu berichten:

Am 8. 12. 20 wurden die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt. Der Schlichtungsausschuß fällt einen Schiedspruch, der in seinen verschiedensten Bestimmungen zwar nicht den Forderungen der Angestellten entspricht, aber immerhin als eine gewisse und weit bessere Grundlage zu betrachten ist, als der bisherige Tarif im Einzelhandel. Eine für den gleichen Tag einberufene Versammlung beschloß sich mit dem Ergebnis, und die Meinung der Versammlung war teils für Ablehnung, teils für Annahme des Schiedspruchs. Eine besondere Erregung machte sich darüber bemerkbar, daß die Unternehmer erst bis zum 15. 12. ihre endgültige Stellungnahme zum Schiedspruch bekanntzugeben brauchen. Die Versammlung war der nicht unberechtigten Meinung, daß dadurch eine unglückliche Verwicklung für die Kampfbasis der Angestellten zum Ausdruck komme. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, mit den Unternehmern sofort in Verhandlung einzutreten und unbedingt darauf zu beharren, daß der Arbeitgeberverband seine Entscheidung der Organisation Sonnabendvormittag bekanntgibt.

In einer für den Sonnabend abend einberufenen Versammlung konnte berichtet werden, daß es den Unternehmern unmöglich gewesen sei, am Sonnabendvormittag eine verbindende Antwort zu erteilen, daß man aber bestimmt am Montagabend einen Beschluß herbeiführen werde. Diverse andre Mitteilungen der Arbeitgeber anlässlich der mündlichen Verhandlungen gaben Veranlassung, durch Kampfmaßnahmen der noch bevorstehenden Entscheidung der Arbeitgeber nicht vorzugreifen. Die Versammlung billigte den Standpunkt, brachte aber einstimmig zum Ausdruck, daß bei einer Ablehnung des Schiedspruchs durch die Unternehmer die Betriebe am Dienstag früh stillgelegt werden sollten. Es wurden auch sofort alle Vorbereitungen und Maßnahmen eingeleitet und insbesondere in der am Montag, dem 13. 12. stattfindenden Versammlung bis in alle Einzelheiten durchgeführt. Erfolgreich war in der Montagversammlung, daß sich die gesamte Angestelltenchaft des Leipziger Einzelhandels der Einladung unserer Organisation Folge gelassen hatte.

Zu gleicher Zeit tagte eine Versammlung der Arbeitgeber, die sich ebenfalls mit dem Schiedspruch beschäftigte. Die von der Angestelltenchaft und der Organisation entsandte Kommission konnte gegen 10 Uhr abends das Ergebnis entgegennehmen, das darin bestand, daß der Verband des Leipziger Einzelhandels erklärte, daß er den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 29. 11. und 8. 12. 20 annehme. In der Erklärung wurde

jedoch auch der Wunsch ausgedrückt, über nachstehende Interessen noch in mündliche Verhandlungen einzutreten.

Die verammelten Angeordneten im Neuen Gasthof Gohlis nahmen in 11. Stunde das Ergebnis entgegen und waren einstimmig für Annahme.

Am Freitag werden die mündlichen Verhandlungen über den streitigen Fall fortgesetzt.

Damit hat eine für die Leipziger Angestellten nicht unbedeutende Bewegung ihre Beachtung gefunden. Die Leipziger Angestelltenchaft hat wieder einmal Gelegenheit gehabt, zu beobachten, wie notwendig es ist, daß man sich einheitlich und straff organisiert und nur durch einen straff und wirklich gewerkeltätig geleiteten Kampf in der Lage ist, die berechtigten Forderungen in jedweder Stelle durchzusetzen.

Zentralverband der Angestellten, Braustraße 17.

Der Schlichtungsausschuß im Dienste der Unternehmer.

Daß der Schlichtungsausschuß immer mehr zu einer Vertretung von Unternehmerinteressen wird, von dem die Arbeiterchaft nichts mehr zu hoffen hat, zeigt wieder einmal so recht drastisch nachfolgender Fall.

Die Firma Reform-Motoren-Fabrik G. m. b. H., Böhlich-Ehrenberg, verlangt vom Gemeindearbeitsnachweis ausschließliche drei Arbeiter zu Aufräumungsarbeiten. Vom Betriebsleiter Oberingenieur Kessel wird ihnen bedeutet, daß sie den horrenden Hilfsarbeiterlohn, wie er in der Leipziger Metallindustrie vereinbart ist, erhalten womit sich die Arbeiter auch einverstanden erklärten in der Annahme, daß sie im Betrieb die bezeichneten Arbeiten zu erledigen hätten. Nach wenigen Tagen jedoch wurden die drei Arbeiter an einen im Betrieb neu aufzuführenden Neubau als Bauhilfsarbeiter beschäftigt und die Firma hatte dort für die „auschließliche“ eingestellten Arbeiter für längere Zeit Arbeit genug. Als aber die Kollegen, weil sie nicht zum Lohnarbeiter werden wollten, den für Bauhilfsarbeiter vertraglich festgelegten Lohn verlangten, erklärte ihnen der Herr Betriebsleiter, daß, wenn sie zum alten Lohn weiterarbeiten wollten, Arbeit genügend vorhanden sei, andernfalls würden sie aufhören. Sie wurden auch tatsächlich am 16. November entlassen, ohne daß die ihnen übertragenen Arbeiten erledigt worden wären. In Stelle der Entlassenen traten Bauhilfsarbeiter von der den Neubau ausführenden Baufirma Ber. g. die selbstverständlich den Vertragslohn erhalten und heute noch dort beschäftigt sind.

Mit dem so liegenden Fall beschäftigte sich der Schlichtungsausschuß am 2. Dezember und fällt folgenden schiedsrichterlichen Bescheid:

1. Die Antragsteller Bauhilfsarbeiter. Dorf und Schult sind mit ihrem Antrag auf Wiedereinstellung unter Berücksichtigung des § 12 Abs. 3 der Verordnung vom 12. Februar 1920 abzuweisen.
 2. Dagegen ist die Firma Reform-Motoren-Fabrik in Böhlich-Ehrenberg verpflichtet, die entlassenen obenbenannten drei Arbeiter für die Zeit ihrer Tätigkeit bei der Firma nach dem Bauarbeiterlohn als Hilfsarbeiter zu entlassen.
- Damit ist selbstverständlich den drei Entlassenen nicht gebüht. Sie wurden entlassen, nicht weil die Arbeit für sie alle war, sondern weil sie es abgelehnt hatten, zum Lohnarbeiter zu werden. Daß aber der Schlichtungsausschuß den Wünschen der Firma zustimmt, kennzeichnet nur seinen reaktionären Charakter.
- Deutscher Hilfsarbeiterverband. Zahlstelle Leipzig.

Die Bremer Metallarbeiter für die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen.

In einer Mitgliederversammlung der Bremer Metallarbeiter referierte die Genossin Ton i S e n d e r unter dem Thema „Moskau oder Amsterdam“ über den kürzlich stattgefundenen Doudnet Gewerkschaftskongress. Am Schluß der Versammlung wurde gegen die Stimmen der Alt- und Neukommunisten mit überwiegender Mehrheit folgende Resolution angenommen:

„Die Metallarbeiter Bremens verurteilen auf das schärfste die Gründung der Moskauer Gewerkschafts-Internationalen als einen weiteren Schritt der Zersplitterung der Arbeiterbewegung. Nicht durch Gründung immer neuer Organisationen, nicht durch wüßselose, auf immer tieferes Niveau herabsinkende Bekämpfung der bestehenden Organisationen, nicht durch den Kampf der Arbeiter unter- und gegeneinander, kommen wir zum Ziel; sondern dadurch, daß die bestehenden, gewaltigen Organisationen der Arbeiterchaft gestärkt werden, daß wir alle daran mitwirken, die Zentralgewerkschaften aufzubauen und sie mit revolutionärem Geist zu erfüllen. Die Agitation von Moskau bricht immer wieder die geschlossene Front der Arbeiter und lähmt den Kampf des Proletariats. Deshalb ist es die Pflicht eines jeden, den Moskauer Zersetzungen mit allen Kräften und bei jeder Gelegenheit entgegenzuwirken.“

Die jüngsten Ereignisse in Rußland, die Auslieferung russischen Bodens und russischer Industrien an ausländische Kapitalisten, dürften auch manchen blinden Moskauanbeter etwas bedenklich stimmen und den Unterschied zwischen Amsterdam und Moskau etwas deutlicher in den Vordergrund rücken. Dazu spricht auch noch der Ausfall der Arbeiterrats-Wahlen in Rußland eine gar zu eindringliche Sprache.

Die Zwickauer Gewerkschaften zum Bergarbeiterstreik.

Der Ortsausschuß der Zwickauer Gewerkschaften hat am Montag folgende Sympathie Kundgebung beschlossen:

„Die verammelten Gewerkschaftsvertreter und Gruppenräte des Wittschkebezirks Zwickau sprechen den Bergarbeitern in ihrem Kampfe die vollste Sympathie aus. Die Gewerkschaftsvertreter werden beauftragt, in Versammlungen Aufklärung über den Streik der Bergarbeiter zu veranlassen.“

Gründung eines Ortsvereins der Zentral-Organisation der Gasthausangestellten.

Eine im Volkshaus abgehaltene äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Mitglieder der auf sozialdemokratischem Boden stehenden Gasthausangestelltenverbände: Bund der Hotels-, Restaurant- und Café-Angestellten Deutschlands (vormals Genfer Verband und Deutscher Kellner-Bund, Union Gannmed), Verband der Köche und Verbände der Gastr.-Sachverständigen nahm zur Gründung eines Ortsvereins Leipzig des Zentralverbandes der Hotels-, Restaurant- und Café-Angestellten (e. V.) Stellung. Nach zustimmenden Erklärungen der Vertreter der einzelnen Verbände wurde einstimmig ein Ortsverein gegründet. Ohne Debatte erfolgte hierauf die Wahl des Vorstandes, der aus je drei Vertretern der einzelnen Verbände besteht. Weiter wurde die Festlegung von Branchen-Sektionen beschlossen, die Höhe des Wochenbeitrages festgelegt, und die Beamten- und Bureaufrage erledigt. Alle Beschlüsse kamen in vollkommener Einstimmigkeit zustande.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 450. 1. Konst. besteht eine jeismonatsige Zeitschrift. An die ist aber Ihre Tochter nicht gebunden, weil sie getrennt vom Manne lebt. 2. Darüber wird im Urteil entschieden. Das kann nicht vorher gesagt werden. 3. Ja, sie kann mehr Unterstützung verlangen.

Nr. 451. Diese Zeitungsmatthe, die bei uns nicht erschienen ist, muß aber Ihrer Tochter nicht gebunden werden. Im übrigen müssen sich die Mieter die Rechnung vorlegen lassen, wenn sie sich vor Ueberweisung schützen wollen.

Nr. 452. Sie werden wohl beschaffen müssen. Wenn der Arzt klagt, würden noch die Kosten hinzukommen.

Jimmi Higgins von Upton Sinclair.

36]

IV.

Die Rede des jungen Norwood wurde häufig stürmisch unterbrochen, dennoch hielt er sie zu Ende, damit, wie er sagte, er sein Gewissen befriedigen und sein größtes Gut, um die Bewegung vor einem verhängnisvollen Irrtum zu bewahren.

„Der Zorn des amerikanischen Volkes wächst mit jeder Stunde, was bis jetzt geduldet worden ist, wird nicht mehr geduldet werden. Die Demokratie wird ihr Leben zu schützen wissen, wird sich in dieser Krise ebenso stark erweisen wie der Militarismus.“

„Ja, und sich dabei selbst in Militarismus verwankele!“ — rief die Genossin Starr Allen. Diese Quälerin war völlig außer sich: sie fühlte sich nicht mehr wie die deutschen Genossen, durch die Vorgänge in ihren heiligsten Überzeugungen getroffen.

Als Jimmie spät abends heimwärts strebte, schleppte er einen Stroh revolutionärer Flugblätter mit, die er am nächsten Mittag, im Ferdele der Sprengstofffabrik, unter den Eisenbahnarbeitern verteilte.

(Fortsetzung folgt.)

Beethoven.

Zu seinem 150. Geburtstag.

Das Rokoko war zusammengebrochen. Unter den Keulen schlägen der französischen Revolution war eine ganze, hohe Kultur, eine Welt von eigenstem Charakter, verendet. Sie mußte zugrunde gehen. Immer mehr hatte sie sich darauf eingestellt, nur einer dünnen Oberschicht ihre Segnungen zugute kommen zu lassen, immer mehr verfiel diese Oberschicht einer Ueberkultur, so daß sie schließlich Lebenskraft und Lebensfähigkeit verlor.

Ein Kind dieser großen Zeit und durch und durch Kind seiner Zeit ist Ludwig van Beethoven. Ein ungeheures Schicksal hat er auf seinen Schultern getragen: Er hat nicht nur die furchtbaren Erschütterungen seiner Zeit mit feuerndem Mißfühlen erlebt, sondern auch persönlich mit dem furchtbarsten Geschick, das einen Musiker treffen kann, zingen müssen, mit der Taubheit. Die Kräfte die Welterschicksal und persönliches Schicksal in ihm entbanden, sind es, die beim Zusammenfließen in einen Menschen die heroisch-tragische Riesengestalt Beethovens bilden.

Die andern Großen seiner Zeit, ein Goethe, ein Schiller, hatten diese tragische Kraft nicht. Sie unterlagen der Verführung der damals die ganze Zeit bewegenden Entdeckung der Antike, und ihr Klassizismus, die Anleihe bei der antiken Kunst, hat sie gehindert, die eigene Formensprache so rein aus sich selbst heraus zu schaffen, wie das der große, leidende Musiker tat.

Der äußere Lebensweg Beethovens ist ziemlich einförmig. Als Sohn eines kleinen Müllers am 15. Dezember 1770 in Bonn geboren, verlebte er eine fast freudlose Jugend, da er das Mißgeschick hatte, ein „Wunderkind“ zu sein. Auch in seinen reiferen Jugendjahren kam er nie zu rechter Freiheit und Freude, denn sein Vater, der Trinker war, sorgte für ein ewig bedrückendes Gefühl familiären Elends.

ganze zweite Hälfte seines Lebens erfüllte, geben uns seine Br. e. erschütternde Kunde. Er vereinsamte mehr und mehr, da er sich mit den Menschen nicht mehr verständigen konnte, und lebte schließlich nur noch in seinen Visionen und der selbstgeschaffenen Welt seiner Phantasie.

Unsre Zeit ist der Zeit Beethovens in diesem verwandt. Auch wir erleben den revolutionären Ueberchwang einer Uebergangsperiode, auch wir mühen uns inbrünstig um neue Formen, in die wir unser neuerstandenes Kraftgefühl gießen können.

Und Beethoven ist nicht nur der stärkste und uns verwandteste der großen klassischen Komponisten, er ist auch der reichste. In seinem einen Leben hat sich so viel Ungeheures zusammengebrängt, wie es sonst nur Jahrhunderte ganzen Völkern gaben.

Ein großer Einsamer ist Beethoven gewesen. Deswegen erscheint er uns so zeitlos, so ewig. Diese Einsamkeit hat ihn über den Rahmen der zeitlichen Gegebenheiten hinauswachsen lassen, hat ihn ganz auf das hingeworfen, was im Menschen zeitlos ist.

Kleine Chronik.

Schauspielhaus (Mischbrüder). Es trifft sich diesmal, daß das Schauspielhaus ebenso wie das Alte Theater auf ein älteres Weihnachtsmärchen zurückgegriffen hat, und zwar auf eines, das es im selben Jahre gab, wie das städtische Schauspiel den Götterfesten feierte. Es ist die Goernerische „Bearbeitung“ des Mischbrüders. Nichtiger würde man Verbalhörung sagen, Gustav Morgenstern hat damals (1913) die beiden Stücke einander gegenübergestellt und das Goernerische Märchen als ein Vergehen gegen das Wesen des Märchens gekennzeichnet.

Es ist bedauerlich, daß das Schauspielhaus, das doch sonst trotz harter Zeit ein anständiges Niveau zu wahren sucht, auf dem Gebiete des Weihnachtsmärchens in die niedrigste Sphäre hinabsinkt. Zumal es das nicht ungewohnt tut, denn die Kritiken von 1913 dürften doch noch nicht ganz vergessen sein.

Bernhard Wildenhain hat seine Gaben in den Diensten des Goernerischen Nachwerks aufgestellt. Er hat ihm ein Rokoko gewidmet. Das gibt die Möglichkeit zu einigen ulkigen Effekten, die als Fettsagen auf der mageren Wasseruppe dankbar vorzeichnet werden sollen.

Beethoven-Abend des Klavier-Quartetts. Es ist sehr schmerzlich für eine einwandfreie Leistung die entsprechenden anerkannteren Worte zu finden, ohne in Phrasen zu verfallen.

4. Vortrag von Dr. Wolff über die großen Dichter. Die größte Idee vom Leben, die Menschen niemals gefast haben, ist mit Dr. Wolff die vom lebenden Gott. Sie entspricht höchst dem menschlichen Einsgefühl des Menschen mit Gott, dem tiefsten Inhalt des Christentums.

Konzerte. Mit welchem herrlichen Sopran und nettem Vortrag sang Fräulein Elisabeth Schickhoff Lieder von A. Schumann und Hugo Wolf. In die Lieder: Wer machst dich so krank, Alte Leute legte sie viel Wärme, dagegen fehlte in: Ich große nicht der dramatische Zug und auch die Tempi waren etwas langsam.

Städtische Theater. Morgen Donnerstag wird die erfolgreiche Operette Fräulein Ruck zum 25. Male zur Aufführung gelangen. Freitag, den 17. Dezember, findet die nachgeholt 27. Anrechtsvorstellung, 2. Folge rot, statt.

Eingelaufene Schriften.

Technische Zeitschrift des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, 8. Jahrg. 2. Heft, Verlag Berlin SO. 18. U. Stegerwald, Deutsche Lebensfragen, Bd. 2 der Europäischen Bücherlei, Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35.

Aus dem Stadterordnungsjaal.

Sitzung vom 15. Dezember 1920.

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden Seger mit Bekanntgabe der Eingänge und Rückäußerungen des Rates eröffnet.

Frau Stadtv. Wendelsohn-Bartholdy (Dem.) stellt fest, die Behauptung des Stadtrates Dr. X., daß im Krankenhaus keine geschlechtskranken Frauen mehr untergebracht seien, stimmt nicht.

Weiterberatung des Haushaltplans.

In Fortsetzung der Weiterberatung des Haushaltsplanes hand zunächst Konto 32

Städtische Theater

mit Ausnahme von Anf. 11 zur Beratung.

Der Finanz- und Betriebsauschuß sowie die Mitglieder des Kollegiums im Theaterauschuß beantragen: das Konto zu genehmigen und den Rat zu ersuchen, dem Stadterordnungs-Kollegium baldmöglichst eine Vorlage über die Gestaltung des Theaterbetriebs vorzulegen, bei dem der Zuschuß der Stadt gegenüber dem Zuschuß für das laufende Finanzjahr wesentlich vermindert wird.

Eine Vorlage des Rates betraf die Verteilung der sich am Schluß des Rechnungsjahres ergebenden Gesamtkosten für das Stadtorchester.

Die zuständigen Ausschüsse beantragen Zustimmung.

Den Ausschußbericht erstattete Stadtv. Heine (Mitteltst.): Es ist in diesem Hause oft davon gesprochen worden, daß wir sparen müssen. Diese Frage drängt sich uns auch hier auf. Für die städtischen Bühnen habe man 1913 insgesamt 2.267.000 M. ausgegeben, während sich jetzt die Ausgaben auf 12 Millionen belaufen. Eine solche Belastung kann die Stadt auf die Dauer nicht tragen. Der Intendant glaubt, an den Kosten des Personals eine Million zu sparen, doch ist das Personal schon auf das äußerste vermindert worden. Eine neue Steigerung der Eintrittspreise werde auch nicht das erwünschte Resultat zeitigen. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht, das Theater in der sparsamen Zeit mehr auszunützen. Weiter ist vorgeschlagen worden, bei der Reorganisation vorzulegen, einen Teil der Kosten zu übernehmen.

Stadtv. Liebmann (USP.): Das Konto sieht einen Vorstoß vor, der ganz unerhört ist. Diesen Zuschuß haben die Stadterordneten nicht gewollt. Es ist im vorigen Jahre von uns gesagt worden, daß der Zuschuß vermindert werden sollte. Die Verhältnisse waren stärker als der Wille. Der Zuschuß für das Theater beträgt rund 4 Millionen Mark, mit dem Zuschuß für das Stadtorchester gibt die Stadt im Jahre für Theater und Musik rund 5 Millionen aus. Das macht auf den Kopf der Bevölkerung 8 M. Das können wir für die Dauer nicht ertragen. Ich erinnere daran, daß wir in den Krankenhäusern nicht einmal die notwendigen Mittel haben, für andre wichtige soziale Aufgaben der Stadt fehlen die Mittel. Wohl ist das Theater eine Kultur- und Erziehungsaufgabe, aber wichtigere Kulturaufgaben sind die für die Schulen, für Schillerreisen, für Sänglingsfürsorge, für Arbeitslose usw. Wenn weiter keine Einsparungen im Theaterbetrieb erreicht werden können und wenn keine Erhöhung der Eintrittspreise möglich ist, dann bleibt nichts anderes übrig, als den Betrieb einzufrieren, wobei selbstverständlich auf die bestehenden Beiträge des Personals und auf die Arbeiter und Anstellten Rücksicht genommen werden muß. Wir bewilligen das Konto in der Erwartung, daß der Rat alles tut, was die Zuschüsse vermindern kann.

Frau Stadtv. Adersmann (Dnat.) wünscht eine bessere Bezahlung der Künstler, damit diese nicht auf Nebenarbeiten angewiesen seien.

Stadtv. Wünschmann (Dem.) wendet sich gegen die Verwendung des Theaters für Kasse.

Stadtrat Barthol: Der Rat wird den Wünschen Rechnung tragen. Zur Kasse könne nur das Operetten-Theater in Betracht kommen.

Stadtv. Meyer (Dem.) widerspricht den Angaben Liebmanns. Es ist von dem Defizit noch die Luftbarteissteuer abzuziehen, so daß der Nettobetrag nicht 4 Millionen, sondern in Wirklichkeit nur 2 Millionen beträgt.

Stadtv. Prof. Herz (Dem.) ist für eine reichlichere Gewährung von Schülerreisen.

Stadtv. Krimse (Mitteltst.): Man ist bemüht, die Kinoplage zu bekämpfen. In diesem Kampfe wäre das Theater eine gute Waffe. Es würde sich empfehlen, mehr bessere Schauspiele für Kinder und Schüler zur Aufführung zu bringen.

Stadtrat Barthol: Die Nachmittagsvorstellungen sind sehr teuer, das 1/2 der Tagespreise extra gezahlt werden müssen, das gleiche trifft auch bei den Arbeiter zu. Er sei nicht abgeneigt, mehr Nachmittagsvorstellungen stattfinden zu lassen, wenn die Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Ausschüsse einstimmig angenommen.

Sonderhaushaltpläne.

Zu dem Sonderhaushaltplan Straßenbahnen wurden folgende Anträge gestellt:

- 1. Den Sonderhaushaltplan „Straßenbahnen“ unter der Bedingung zu genehmigen, daß die berechtigten Wünsche auf Aufhebung der Linienverkürzungen, insbesondere der Linie 16, die wieder bis zum Depot in L.-Eutritsch geführt werden muß, soweit sie nicht bis zum Krankenhaus St. Georg führt, und der Linien 5 und 6 nach L.-Stötteritz, erfüllt werden;
- 2. den Rat zu ersuchen,

- a) die Kasse an den Straßenbahnen so anbringen zu lassen, daß sie die Linienbezeichnung nicht verdecken;
- b) auf dem Platz vor dem Hauptbahnhof, auf dem Augustplatz usw. Orientierungstafeln in würdiger Form und gut sichtbar aufzustellen;
- c) die Hauptbahn zu veranlassen, auch für die Stadterordneten Freifahrtkarten auf den Außenbahnlinien zu gewähren.

Zum Haushaltplan der Erneuerungsvorarbeiten der Straßenbahnen wurde Genehmigung beantragt.

Neueingetragene der Gehälter

für die Direktoren, Beamten und Angestellten der Straßenbahnen vom 1. April ab, sowie Nachbewilligung von 2.250.000 M. hierzu beantragen die zuständigen Ausschüsse Zustimmung.

Zu einer Eingabe hierzu wurde beantragt, die Eingabe durch die Beschlußfassung auf die Vorlage unter C für erledigt anzusehen.

Stadtv. Volkershoff (Mitteltst.): Im Juli habe er beantragt, daß der Rat eine Statistik aufstelle, aus der der Abgang der Fahrgäste durch die Fahrpreiserhöhung zu ersehen sei. Eine Antwort sei bis jetzt ausgeblieben.

Stadtv. Werner (Dnat.) betont, daß sie sich wiederholt gegen die Verstaatlichung der Straßenbahn ausgesprochen haben.

Stadtv. Weicker (Dem.) beantragt Streichung des Passus wonach die Genehmigung des Sonderhaushaltplan der Straßenbahnen unter einer Bedingung erfolgen soll.

Stadtv. Volkershoff (Dnat.) richtet an den Rat die Bitte, daß die Einreichung der Beamten nicht ohne Anhören ihrer Organisationsleitungen erfolgen soll.

Stadtv. Dr. Annath (Mitteltst.): Es ist wohl Zeit, daß die Einschränkungen aufhören und aus der Straßenbahn ein brauchbares Verkehrsmittel gemacht wird. Die Anbringung der Kasse ersehe wie ein Schildbürgerstück.

Stadtbaurat Dr. Peters: Der Grund für die Streckenverkürzung liegt in der Stromverknappung und in der Einschränkung des Betriebs. Durch die Einschränkung sei zu verzeichnen, daß sich die Einnahmen nicht vermindert hätten, wohl aber die Ausgaben. Er bitte, dem Antrage Weicker zuzustimmen. Die Anbringung der Kasse ersehe wie ein Schildbürgerstück.

Stadtv. Jeremias (Dnat.) wünscht für die Studenten billigere Fahrgelegenheiten.

Es sprechen zu der Sache nach Vizevorsteher Dr. Junk (Dem.), Stadtv. Prof. Herz (Dem.), Stadtbaurat Dr. Peters, Stadtv. Krimse (Mitteltst.), Stadtv. Dr. Annath (Mitteltst.), Stadtv. Heine (Mitteltst.), Stadtbaurat Dr. Peters.

Stadtv. Scheib (USP.): Unser Fraktion wird für den Antrag Weicker stimmen. Im übrigen möchte ich erklären, daß auch wir eine ganze Anzahl von Wünschen haben, was aber in Anbetracht der Geschäftslage bedenklich ist. Wenn zu jedem Punkte sechs oder mehr Redner sprechen wollen, dann ist an eine Aufarbeitung der Tagesordnung auch nächsten Freitag nicht zu denken.

Stadtv. Kressin (Misch. Soz.) brückt den Wunsch aus, den Punkt abzulehnen und ihn in acht Tagen mit zu erledigen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Weicker gegen 17 Stimmen angenommen. Auch die Ausschußanträge fanden Annahme.

Zu Konto 44:

Bieh- und Schlachthof

beantragen die zuständigen Ausschüsse Genehmigung.

Zur Erhebung einer Gebühr von 10 Pfg. für jedes im Bieh- und Schlachthof verkaufte Kilogramm Fleisch und demgemäß Beifügung eines Ablasses an § 9 der Gebührenordnung für den Bieh- und Schlachthof. Nach Bewilligung von 110.000 M. zu Lasten von Konto 44: Schlachthofversicherungsanstalt.

- 1. Städtische Anstalt, Anf. 9 Verwaltungskosten und demgemäß Verringerung des Haushaltplans, Verringerung der Rühlhausmiete und der Miete für Gestirrräume (Ratobeschl. VIII), sowie Erhöhung der Beiträge und Entschädigungsätze für die städtische Schlachthofversicherungsanstalt, beantragen der Verkehrs- und Finanzausschuß:

- a) die Erhebung von Verkaufsgebühren von hier erstklassigen Fleisch abzulehnen,
- b) der Erhebung einer Verkaufsgebühr von 20 Pfg. für jedes hier eingeführte im Bieh- und Schlachthof nicht erstklassige Kilogramm Fleisch zuzustimmen,
- c) die in § 9, Abs. 2 der Beilage D der Gebührenordnung für den Bieh- und Schlachthof der Stadt Leipzig bezogene Gebühr von 10 Pfg. auf 20 Pfg. für jedes fertig gewiegte Kilogramm Fleisch zu erhöhen,
- d) der Vorlage im übrigen zuzustimmen bezw. von den Ratsbüchereien VII und VIII Kenntnis zu nehmen.

Zu einer Eingabe wegen Einführung von Schlachtgruppen auf dem Bieh- und Schlachthof, beantragen die zuständigen Ausschüsse die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

Bei der Abstimmung fanden die Ausschußanträge Annahme.

Zu Konto 41:

Gebäude

beantragen die zuständigen Ausschüsse Genehmigung des Kontos und den Rat zu ersuchen, sofort eine Nachprüfung der Mieten und Mietverträge der städtischen Gebäude vorzunehmen und den Mitarbeitern des Hochbauauschusses eine Aufstellung zu übergeben, aus der ersichtlich sind

- a) die Mieten für Wohnungen, Läden, gewerbliche Räume usw. nach dem Stande vom 1. Juli 1914,
- b) die Größe, Lage, Art, Ausstattung und der Verwendungszweck,
- c) die Heizungs- und Beleuchtungskosten,
- d) der Mietpreis und Schätzwert der Mieten nach dem Stande vom 1. Oktober 1920.

Nach kurzer Aussprache wurde den Anträgen zugestimmt. Es fanden hierzu noch eine Anzahl Eingaben im Sinne der Ausschußanträge ihre Erledigung. Zu einem Ratsbeschl. der Zirkular-Hochschule für Frauen für das Haushaltsjahr 1920/21 eine weitere außerordentliche Beihilfe von 22.500 M. vorzuschlagen, daß auch der Staat seinerseits seinen Zuschuß um 27.500 M. erhöht, zu bewilligen, beantragen der Finanz- und Schulausschuß Zustimmung.

Frau Stadtv. Wendelsohn-Bartholdy (Dem.) stellt den Antrag, dahin zu wirken, daß eine Frau aus dem Stadterordnetenkollegium in den Schulausschuß eintritt.

Diesem Antrag und der Vorlage wurde zugestimmt.

Die Jatzky- und Gewerbesteuer.

Eine Ratsvorlage betraf A. Rückführung des Rates über die Einführung einer Jatzkysteuer vom reichssteuerfreien Einkommenssteuere und den Erlaß des 20. Ratsbeschl. zur Steuerordnung für die Stadt Leipzig, B. Einführung einer Gewerbesteuer und hierüber Erlaß des 21. Nachtrags zur Steuerordnung für die Stadt Leipzig. Der Finanz- und Verwaltungsausschuß beantragt:

zu A. 1. bei den Reichskassen vom 1. Dezember d. J. stehen zu bleiben in B. eine Reihe redaktioneller Änderungen, u. a. im § 40 c den Abs. 2 wie folgt zu fassen: „Die Betriebsanlage wird erhoben mit 1/2 vom Hundert des Wertes des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals, soweit dieses 5000 M. übersteigt“, dem § 40 c einzufügen: „Jedem Steuerpflichtigen ist der Betrag der von ihm zu entrichtenden Gewerbesteuer mit verhöflicher Zustimmung (Steuerbescheid) bekanntzumachen“, und der Vorlage im übrigen zuzustimmen.

Stadtv. Heine (Mitteltst.) wendet sich gegen die Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaften.

Stadtv. Volkershoff (Mitteltst.) wünscht, daß man sich überhaupt gegen die Steuer wendet. Man kann nicht begreifen, wie der Rat dazu kommt, dem Mittelstand eine solche Steuer aufzuerlegen.

Stadtv. Böhle (USP.) und Stadtv. Keilner (USP.) treten für die Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaften ein.

Stadtv. Dr. Annath (Mitteltst.) bittet, die Vorlage nochmals an die Ausschüsse zu verweisen.

Der Vorschlag wird vom Stadtv. Brecht (Dem.) unterstützt Stadtrat Weicker bittet, die Vorlagen heute zu erledigen.

Weiter sprach Stadtv. Schmidt II (Dnat.), Vizevorsteher Dr. Junk (Dem.), Stadtv. Weicker (Dem.), Stadtv. Brecht (Dem.), Stadtv. Dr. Annath (Mitteltst.), Stadtrat Weicker, Vizevorsteher Volkershoff (Misch. Soz.), Stadtv. Prof. Herz (Dem.), Stadtv. Heine (Mitteltst.), Stadtv. Dr. Fickner (Mitteltst.), Stadtv. Liebmann (USP.), Stadtv. Heine (Mitteltst.), Stadtv. Brecht (Dem.).

Die Ausschußanträge, bis auf einen, nach dem auch städtische Betriebe von der Steuer betroffen werden sollten, wurden angenommen.

Gewerkschaften und 3. Internationale.

11.

Als Korreferent bekommt sodann der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbands Liebermann das Wort und geht zunächst auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ein. Wenn man das große Problem der Gewerkschaftsstandungen lösen wollte, sei es notwendig, zu untersuchen, inwieweit die jetzt in Deutschland bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse den Sozialismus durchzuführen erlauben. Und hierbei müsse man festhalten, daß diese Vorbedingungen negativ und positiv zu beurteilen seien.

Ohne Zweifel müsse gesagt und festgestellt werden, daß durch die Schuld der Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen sich diese verschlechtert hätten. Diese Tatsache dürte uns jedoch nicht davon abhalten, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln an der Abkehrung des Kapitalismus zu arbeiten, um auf dessen Trümmern die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Schuld der Rechtssozialisten ist: himmelschreiend und nie zu verzeihen. In den Tagen der Revolution, und zwar am 15. November 1918, habe sich Legien mit Stinnes an den grünen Tisch gesetzt und erneut die Gründung der Arbeitseigenen Gemeinschaft beschlossen. Dieser Mann erlaube sich heute noch, im Namen von Millionen Gewerkschaftler zu sprechen. Diese Leute müßten heftig werden, da sie nicht mehr das Vertrauen der Massen besitzen. (Beifall.) Wenn nun der Referent gesagt habe, daß die Gewerkschaften beim Kampf gegen den Generalstreik ermüdet hätten, müsse auch festgestellt werden, daß diese Gewerkschaften es gewesen seien, die den Generalstreik zuerst wieder abgewürgt hätten. (Beifall und Widerspruch.) Mit dem Moment, da die Demokratie wieder im Sattel war, hätte der Kampf ausgebrochen. Hier sei es Pflicht gewesen, das, was am 9. November 1918 verhängt worden sei, zur Vollendung zu bringen. (Starker Beifall.)

Redner kommt sodann auf den Verfasser Friedensvertrag zu sprechen und sagt, daß für die nächsten zehn Jahre dieser Frieden maßgebend sei. Eine scharfe Behauptung von Schumann sei es, die harten Friedensbestimmungen seien dem „sozialistischen“ Deutschland aufoktroziert worden. Nein, weil in Deutschland immer noch die Gefahr eines neuen Krieges bestanden habe, weil im Zusammenbruch ein neuer Militarismus entstanden sei, deshalb diese harten Bedingungen. Und die, die dieses System wieder mit aufgebaut hätten, seien vor allem Rechtssozialisten gewesen, zu denen auch der Reichstag gehöre. (Starker Beifall.) Die deutsche Industrie liege in allen ihren Zweigen danieder. Einestells eben durch den Verfasser Frieden, andererseits durch die Sabotage des Unternehmertums. Nicht genug, daß man Arbeiter in großer Anzahl entlasse, man montiere die Maschinen ab und verkaufe diese ins Ausland. Selbst die Fabriken würden abgebrochen. Das Tragischste an all diesem sei, daß diese in Deutschland abmontierte Industrie in den Entente-Staaten wieder aufgebaut würde und so dessen Produkte nach Deutschland eingeführt, preisbrüdernd auf die einheimische Industrie wirkten. Hinzu komme noch der Verlust der Provinz Posen, die, als noch in unserem Besitz für Deutschland einen bedeutenden Ueberfluß gegeben habe. Heute habe diese Provinz durch den während des Krieges betriebenen Raubbau selbst nichts mehr. Der Verlust des Saargebietes sei ein Faktor von eminent wichtiger Bedeutung. Alle die dort geübte Kraft werde der deutschen Industrie entzogen und wandere nach Frankreich. Eine wichtige Entscheidung stehe uns noch bevor, und zwar sei das die Abstimmung in Obereschlesien. Sollte, was wir nicht hoffen wollten, auch dieses Land noch zum Teufel gehen, so sei die deutsche Industrie völlig dem Ruin ausgesetzt, wenn man es überlege, daß wir von dort jetzt allein 68,5 Millionen Steinkohle bezögen. Zu allem hinzu rechnen sei der Verlust unserer gesamten Handelsflotte, was uns nicht mehr in die Lage verlege, nach fremdem Erzeugnis Ein- und Ausfuhr zu treiben. Zusammenfassend müsse konstatiert werden, daß wir vor einem kapitalistischen Chaos ständen, aus dem weder herauszukommen die jetzigen Nachhörer nicht die Energie und den Willen hätten. Eine zunehmende Verelendung der deutschen Arbeiterschaft sei die Folge dieser anarchischen Produktionsweise, während sich das Niveau der französischen und englischen Arbeiter hebte. Und mit diesem Moment gehe man hausieren, um dem deutschen Arbeiter die letzte Möglichkeit einer Weltrevolution vor Augen zu führen. Gewiß müsse gesagt werden, daß der Osten Europas allein keine sozialistische Gesellschaft aufbauen könne. Unsere jetzige Wirtschaftslage erlaube uns aber nicht, zu warten, uns zwingt die Not zur entscheidenden Aktion. (Zuruf: Sehr richtig!) Wenn wir in diesem Stadium so weiter wursteln, werde die deutsche Arbeiterschaft langsam aber sicher zugrunde gehen.

In diesem Zusammenhang müssen wir auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung kommen. Ihre Taktik sei bisher die gewesen, immer im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung für ihre angehörigen Mitglieder Lohnerhöhungen herauszuholen. Das Endziel, die Erringung des Sozialismus, habe in diesem Kampfe untergehen müssen. (Zuruf: Sehr wahr!) Auch heute sei es noch so. (Zuruf: Sie sind ja selbst Gewerkschaftler!) Diese Taktik der Gewerkschaftsbewegung werde in der Hauptsache von den zentralen Instanzen verfolgt. Der W. D. G. S., mit Legien an der Spitze, treibe eine falsche Politik, eine Politik, die den Massen keinesfalls Rechnung trage. Auch die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der durch die Zentralinstanzen 28 Millionen Gewerkschaftsmitglieder angehörten seien, verkörpere nicht den Willen der Genossen. (Beifall.) Uns könne die Kompromisspolitik nun endlich gestohlen bleiben. Wir müssen unseren Mitgliedern sagen, daß sie von Lohn-erhöhungen nichts mehr zu erwarten haben, daß sie sich einfließen müßten auf die bewusste Aktion. Das sei auch die Arbeit der drei-mal getreuzigten kommunistischen Zellen. (Beifall und Widerspruch.) Diejenigen, die uns nachsagten, wir wollten die Gewerkschaften spalten, jagten entweder bewußt die Unwahrheit oder es liege ihnen Dummköpfe. Die größtmögliche Konzentration innerhalb der Gewerkschaften, eingerichtet auf den Klassenkampf, auf die Diktatur des Proletariats sei das Ziel der Kommunisten.

Auf dem Hallenser Parteitag sei nun von den russischen Vertretern die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als „gelb“ bezeichnet worden. Ueber dieses Wort sei Heit und Wording geschrieben. Trotzdem habe das „gelb“ eine gewisse Berechtigung. Die Amsterdamer Internationale sei eng mit dem internationalen Arbeitsamt verknüpft. Dieses wieder eng verknüpft mit allen kapitalistischen Staaten und über somit einen Hemmschuß für die revolutionäre Arbeiterschaft. Es sei ein Uebing, mit Vertretern der kapitalistischen Staaten gemeinsam über die Einschränkung des Arbeitsentages, über soziale Einrichtungen, über Kostverteuerung usw. zu verhandeln. Man gaulle der Arbeiterschaft Millionen vor, die niemals verwirklicht werden könnten. Das sei das Verberblüthe. Aus diesem Gaußenspiel sei auch das Wort „gelb“ entstanden. Die Kommunisten dürften das und tun das nicht mit. Indem sie den Massen sagten: Nur durch jähres Ringen, Brust gegen Brust, unter Ablehnung jeglichen Kompromisses, sei der Sozialismus zu erobern, verräteten sie revolutionäre Arbeit innerhalb der Gewerkschaften. (Beifall.) Die kommenden Zeiten würden beweisen, auf welcher Seite das Recht steht. Es dürfe nicht wieder so weit kommen, wie beim englischen Bergarbeiterstreik, der durch ein elendes Kompromiß der Führer abgewürgt worden sei. Für Führer und Mitglieber der Gewerkschaften komme jetzt in Betracht, mit den politischen Parteien gemeinsam auf die Eroberung der politischen Macht hinzuwirken und als Folge dessen die Enteignung der Produktionsmittel. (Starker Beifall.) Alle Machorgane der bürgerlichen Gesellschaft würden dann aufzuheben, Sipo, Orgeß usw. Selbst der Kapitalismus würde sich dann nicht mehr auf Kompromisse einlassen, es könnte in Zukunft nur noch eins geben: Reaktion oder Kampf um den Sozialismus, ein Mittelweg gebe es nicht. (Beifall.) An Stelle der Diktatur des Kapitalismus müßten wir die Diktatur des Proletariats setzen, uns mit den russischen Verbänden vereinen, eine gemeinsame Kampffront bilden und der Sieg müsse bald unser sein.

Den Ausführungen des Korreferenten Liebermann folgte demnach starker Beifall. Infolge der hart vorgeschrittenen Zeit wurde von einer Diskussion abgesehen, und diese auf Freitag, den 17. Dezember 1920, abends 7 Uhr, im Volkshaus angelegt.

Gerichtssaal.

Von der Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Der Generalkriegsrichter vom März 1919, wie er sich in Eßlingen abspielt, hat vor dem Reichsgericht in Stuttgart...

Schlichtigkeit, welche Brotmarken herstellte. Arthur F. entwendete nun mehrere Bogen unbedrucktes mit einer bestimmten Farbunterzeichnetes Papier...

sonstige Außenstände habe usw. verneint und die Richtigkeit des Verzeichnisses bestritten hat...

Landgericht.

Wegen Einbruchs und schwerer Diebstahls hatten sich der Kraftwagenführer Vaul S., der Monteur Louis Sch., der Elektromechaniker Johannes R. und der Mechaniker Hans R. vor dem Landgericht...

Schwurgericht.

Von der Anklage des Meineids freigesprochen. Der Privatmann Gustav Koch stand vor dem Schwurgericht unter Anklage...

Sind Brotmarken als Urkunden anzusehen oder nicht? Vom Landgericht Chemnitz sind am 16. April der Schriftführer Walter Frey...

Ämliche Bekanntmachungen.

Gewährung einer einmaligen Beihilfe an bedürftige Arbeiterrentenempfänger. Das Gesamtministerium hat beschlossen, 25.000.000 Mark als einmalige Beihilfe...

Einladung

zur öffentlichen Einwohner-Versammlung. Zum Zwecke der Aufklärung der Einwohner von Hainichen und Quasitz über die beabsichtigte Vereinigung beider Gemeinden...

Öffentliche Handelskammer zu Leipzig.

Die Anmeldung der Schüler, die Oskarn 1921 in die höhere Abteilung (Handelsrealschule) einreten sollen, findet am Donnerstag, dem 10., und Freitag, dem 17. Dezember 1920...

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr. Die Anmeldung für die dreijährige Beurlaubungsabteilung findet im Februar 1921 statt.

Kleiner Anzeiger

Mehrere Böttcher sofort gesucht ATLAS-WERKE MÜLKAU. Chauffeur-Schule. Achtung, Straßenhändler! Zona bleibt Zona. Verhäufe. Fett Schmalz Pfd. Mk. 19.-. Schweinefett 20.00. Petroleum reine, helle Ware. Rudolf Fiedler. Zigarettenfabrik. Militär-Schuh. Schuhwaren Christian Eichel. Schuhwaren in allen Größen billigst Wadewitz.

Weihnachts-Präsentkartons. Ich empfehle als praktischen Postgeschenk für ganze Familien... Otto Hein Leipzig Spezial Schokolade, Konfitüren, Kekse etc.

Küchen. Einrichtungs-Gebäude mit Kochherd, Wasserleitung, Abfluss, modernes Sofa... Bettwäsche. w. u. bt. Bezug u. Kfz. 138.50. Federbetten. 2 Doppelbetten, 2 Einzelbetten...

Einzelverkauf zu Engrospreisen. 500 Paar gute Damenstiefel in verschiedenen Ledersorten Serie I 118.- Serie II 135.- Serie III 145.- 300 Paar gute Herrenstiefel...

Felle-Einkauf. Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher Häute und Felle... Sprechapparate. neue u. gebrauchte u. Schallplatten billig u. wert. Dietrich Lindemann...

Rein Laden. daher verk. inoffiziell... Bettwäsche. w. u. bt. Bezug u. Kfz. 138.50. Federbetten. 2 Doppelbetten, 2 Einzelbetten...

Möbeltransporte Hans Eitner. Geogr. 1886. Weitzia, Ködigerstr. 11/13. Stadt- und Fern-Transporte. Nur gute Ausführung. Aufgewahrung. Fernruf 15500 u. 20310.

Die allgemeine Volksschule und der Religionsunterricht in der Republik Sachsen mit ausführlichen Erläuterungen von Richard Lipski. Preis 1.25 Mk. Leipziger Buchdruckerei A. G. Leipzig, Landauer Straße 19/21.

Licht-U.T. Spieg
Heute leister Tag!
Das gewaltige Filmwerk
Weltbrand
nach dem Roman Christian Wahnschaffe
Ausserdem: **Paul Haldemann**
7 Akte in 7 Akte
Er bleibt in der Familie
Reizendes Lustspiel in 3 Akten
Einlass 4.30 Uhr
Anfang 5 Uhr
Ende 10.30
Hainstr. 9 Kiebeckstr. 12
Ab Freitag
Grosses Doppel-Programm
Erstaufführung
Bruno Kastner
in
Weisse Rosen
3 Akte Film-Roman 3 Akte
Ausserdem: **Eva May**
in
Zwischenrücken u. Weinen
Gesellschafts-Drama
4 Akte
Im Herzen der Stadt

Lichtspiele Engelsdorf
Jeden Sonntag, 4-6: Kinder- u. Familienvorst.
Ab Freitag, den 17., bis Sonntag, 19. Dez.:
Ich kläre an!
Tragedie einer Verführten und Verlassenen
in 6 Akten mit Henny Porten. Ausserdem:
Borris Chauffeur. Pikanter Lustspiel
in 3 Akten.

Musik! **Welt-Theater** **Musik!**
Im Zentrum der Stadt!
Barluffgasse 3-5, Barluffgasse
Beginn Wochentags 5 Uhr. Sonntags 3 1/2 Uhr
Vom 17. Dezember bis 23. Dezember
Gaukelspiel des Glücks
5 Akte. Schauspiel. 5 Akte.
?? Der grüne Oskar ??
4 Akte. Kriminal-Drama. 4 Akte.
Lotter Liebes-Doktor.
3 Akte. Ein tolles Lustspiel. 3 Akte.

Gegr. 1830 **F. Huch** Gegr. 1830
Leipzig, Peterssteinweg 7
Ausverkauf
wegen Geschäftsaufgabe in
Gold- und Silberwaren,
Ohrringe, Uhrketten, Trauringe usw.

Die neue Heilweise und ihre Anwendung
im eigenen Heim mit Rings-Radium-Kissen
und Radium-Cromo, patentamtlich geschützt
Ausehonorrende Erlindung, radio-aktive ultra-violette-ununterbrochene
Bestrahlung: glänzende Erfolge bei: Lupus, Flechten, Ausschlägen, Nieren-
Herz-, Magen-, Darm-, Lungen-, Nerven-, Frauenleiden, Tuberkulose, Stoff-
wechselerkrankungen, Gallensteine, Kropf, Asthma, Rheumatismus, Gicht,
Ischias, Hämorrhoiden, Erkrankungen der Harnorgane etc. Kein Leidender
versäume unseren Vertreter zu besuchen. Auskunft kostenlos.
Bruchheilung ohne Operation
auf natürlichem Wege ohne Berufsstörung mit Dr. med. H. Müller's Radium-
Bruchheilverfahren "Probata", ohne Feder, ohne Gummiband und ohne
Schenkel leimen. Kein Einspritzen, keine Medikamente. Da unser Apparat
Tag und Nacht getragen wird, ununterbrochene ultra-violette Bestrahlung,
Konkurrenzlos einladendstehe Erlindung; glänzende Anerkennung
Unsere Vertreter ist am **Donnerstag, Freitag und Sonnabend, den**
16., 17. und 18. Dezember, in Leipzig, Hotel Bismarck, jeweils von
10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, mit Mustern zu sprechen.
Dr. Müller & Cie., Mannheim, Institut für Radiumtherapie
Inhaber: Dr. med. Heinrich Müller & Georg Müller.

Wilh. Rode
Zigarrenhaus
Reichenhainer Str. 3
Fernruf 4887
Geschäftszeit 9-7 Uhr. - Sonntags 11-1 Uhr.
Sonntag, den 18. Dezember geöffnet!
Billigste und vorzüglichste Bezugsquelle.
Konkurrenzlose Preisstellung!
Spezialität: Ueberseezitate.
Grösste Auswahl in selbstgepflanzten u. Fabriktabaten.
Eigene Steuerlager.

Virginia-Rippen großer Polten eingetroffen
Grob- und Feinschnitt,
la Gelbmac, und Aroma, 100 Gramm 3.50 Mk.
Virginia-Kanaker rein Uebersee, Mittel-
schnitt, grobartig im
Geschmack, Isariam im Brand
50 Gr. 2.-, 100 Gr. 4.-, 1/2 Pfund 10.- Mk.
Holländer Kanaker würzig, Mittelschnitt
50 Gramm 2.30 Mk., 100 Gramm 4.50 Mk.
Amerik. Feinschnitt mild, vorz. im Geschm.
100 Gramm 5.- Mk., 1/2 Pfund 12.- Mk.
Domingo-Java Bittermittelschnitt
100 Gr. 5.50, Pfund 27.-, 1/2 Pfund 125.- Mk.
Bortorico feinsten Grobschnitt
50 Gramm 3.- Mk., 100 Gramm 6.- Mk.
Rentny-Brehtabat ungeschnitt. Blätter,
trächtig 1/2 Pfund 15.- Mk.
Auslese feinsten Uebersee-Blätter,
mit Virginia gemischt
50 Gr. 3.50, 100 Gr. 7.-, 1/2 Pfund 17.- Mk.
Virginia-Shag 50 Gr. 3.80, 100 Gr. 7.60 Mk.
Shag-Tabak gelber Daarschnitt, leicht
50 Gramm 7.- Mk.
Weihnachtspräsentstücken, grösste
Auswahl
la Zigarren, Stück von 50 Biennigen an
Zigaretten, etw. Marken, gr. Auswahl
Kautabat von Reddersen u. Gannwater
Zigarettensopfer, Papiere, Hülsen
Grösste Auswahl in Meissen

Licht- und Naturheilverfahren
Blutreinigungskuren, Sorbt, Behand-
lung. Vorausgehende gründl. Unter-
suchung der inneren Leiden mit Nach-
prüfung aus den Krankheitszeichen in
den Augen. Sprechz. 9-12 3-6. **Pflaundorfer Str. 14.**

Morgen Freitag,
den 17. Dezember
Großes Doppel-
Schlachtfest
v. früh 9 Uhr an
Kesselwurst, Wellmisch
Hochachtung. Rth. Rthle
Lindenau, Rabenerstraße 4.
Bel Mühlstein von 15 Mt.
1 Abrolskalender gratis!
100 Rünftlerpolstern 2.50
100 Neujahrspolstern 3.-
100 Weihnachtspolst. 3.-
100 einfache Neujahrst. 2.50
100 weiße Umhänge 1.50
Abrolskalender m. Rth. 1.50
Nachschische . . . m 0.50
Fingerringe m. 0.25
Fingerringe m. 0.75
Körner-Getränk 54

Falchenlampen
Batterien stets frisch
Mignon-Batterien
Zinkcarbon
Neuerzeugung
Fleischwasmachine von
55.- Mark an empfiehlt
Höhse, G. Kaiserstr. 5.
Sohlenleder!
Billig!
N. Flap, Katharinenstr. 14
Ladencina, Böttcherhaken,
on gros on detail

Schuh- und Schuhfabrik
Reich-Dorn
Telephon 19884.
Spezialität: **Recht Leder-**
schuhherstellung mit
Polstern- und
Sohlen- und
Schuh- und
Beste Bezugsquelle
für Lederverkäufer.
Verkaufs- u. Annahmestellen:
Hauptgeschäft: **Bismarckstr.**
Walterstr. 10, 3. Etage,
stellen Anger, Köpcke, St. 33
und Helfert, Wurmer Str. 45.

Haut-, Geschlechts-
u. saniteb. vorz. nerv. Schwäche
behand. **Dr. med. Dori,** nicht
aprobirt. Mittl. naturwiss.
Gesellsch. Leipzig, **Neupl. 6.**
Sprechz. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Kognak
Weinbrand-Verschn. 51 43.
Rein-Weinbrand, 51 45.
Jam. Rum-Verschn. 51 44.
einfl. Freigeld, ohne Glas
Weißwein, 51 von 10 an
Rotwein, 51 von 15 an
ohne Steuer und Glas.
Herm. Richter, Deutza.

Große Sendung
ff. Vollheringe 1.50
à Pfund nur 1.50

H. Heringsmilch
à Pfund nur 1.20
ferner
ff. deutsche Vollheringe
und Stoßfischheringe
Panier mitbringen.
Tägl. frische
Seefische
Für die Festtage:
Großes Lager Gel-
sardinon u. Marinaden
Lebende Karpfen
Hamburger Fischhalle
L.-Lindenau
nur Obergmannstr. 2.
Telephon 18081

Spport- u. Körperpflege
Turn-Vereine
Weißgruppe. Sonntag, den 18. Dezember, vor-
mittags 10 Uhr, Vereins-Vor-
ständesitzung in V. Lindenau, Schloss Lindenfels.
Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.
Die Gruppenleitung.
L.-Weiß. Freie Turnerschaft (L. 2.) Die General-
versammlung findet am 12. Jan. 1921
statt. Anträge sind bis 31. Dezember einzureichen.
Bibliotheksleiter bitten wir bis 25. Dezember
zurückzugeben.
Sonnabend, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, in
Stadt Lindenau, Turnrat, Abteilungsleiter,
Vorturnerschaft, Alters-Abt., sämtliche
Funktionäre des Vereins pünktlich erscheinen.
Der Vorstand.
Knautfleberg. Turn- u. Sportverein (L. 2.)
Freitag, den 17. Dezember,
abends 8 Uhr, Vereinsversammlung im Galthof
zum weißen Hof. Tagesordnung: 1. Sport- und
Körperpflege, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Bericht über den Verlauf
aller Mitglieder ist notwendig. Der Vorstand.
L.-Guttrich. Turnverein Borsdorf, Freitag, den
17. Dezember, abends 9 Uhr, im
Lindenhof, sehr wichtige gemeinsame Sitzung
des Turnrats, der Vorturnerschaft und Haus-
halters sowie der in der letzten Versammlung
gewählten Zeitkommission. Alle arbeitstun-
digen Mitglieder bitten wir im Interesse unserer freien
Turnabende, ebenfalls zu erscheinen. D. V.
Vorstand! 2. Weihnachtsezerant, vorm. 10 Uhr
Sühnen-Schauspiel im Golenischloß. D. V.
Lindenhal. Sonnabend, den 25. Dezbr. (1. Weih-
nachtsfeier) Theaterabend im
Alten Galthof, zur Aufhebung gelangt das
Volkstheater "Die Heber des Niltanien". Anfang
7 Uhr. Es ladet ein Der Turnrat.

Kadafahrer-Bund Solidarität
Bezirk Leipzig. Sonntag, den 2. Januar, nachm.
3 Uhr, General-Versammlung
im Volkshaus, Gartenla. Anträge sind bis
25. Dezember bei der Bezirksleitung einzureichen.
Abt. Weß. Sonnabend, den 18. Dezember, abends
7 Uhr, General-Versammlung in den Weßend-
hallen, kleiner Saal. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Reklameangebot!
Herrenhüte Mk. 46.-
moderne Form, wetterfest, gute Qualität. - Grobes
Pager in Herrenwälder, Krawatten, Bandhüben,
Spazierhüten und sämtlichen Herren-Artikeln.
Richard Winkler, Hallische Strasse 3
zwischen Hauptbahnhof und Brühl.

Herren-Filzhüte
eigener Anfertigung
daher nur **Mk. 58.-** per Stück
- Beste Qualität - echt Leder -
- Nur modernste Farben und Formen -
Hutfabrik Emil Vollrath
Eingeliefert auch am Sonntag im Laden
Windmühlstr. 1-5, Ecke Brüderstr.,
- gegenüber der Markthalle. -

Achtung! Christbäume Billig!
einzel (L 1-8) und schodweise, in den Drei Nöhren.

Uhren
Ketten, Schmucksachen
Grösste Auswahl, Billigste Preise.
Gustav Kaniss
6 Tauchaer Strasse 6

Großen Posten
Münberger Lebtuchen
verschiedenen Baum-Behang
sibt an Händler und Privat zu
weit herabgesetzten Preisen ab
Alfred Kresse Nachf., Leipzig-Lindenau
Großhandlung Neusterstraße 20

Oldenburg Nr. 600158
Mit obigem Fisch-Spezial-Waggon
erhalten:
Feinsten Angolschellfisch Pfd. 3.80
Portionsschellfisch Pfd. 2.60
" **Mittelschellfisch** Pfd. 3.20
Prima Seelaohs im Anschnitt Pfd. 4.30
Ferner: **Rolungen, Seehacht**
Austernfisch, Weißbutt etc.
Räucher-Aale, beste Qualität.
Grosse Auswahl in Fisch-Konserven.
D. D. Nordsee Reichsstr. 25
Fisch-Spezialhaus.

Nur noch bis Weihnachten
dauert der Riesen-Massenverkauf in der **Petersstraße 30, I., in**
Aluminium-Haus- und Küchengeräten
zu fabelhaft billigen Preisen!
4 Stück verschiedene große
Schmortöpfe mit Deckel **90** zusammen Mk.
5 Stück verschied. große
Schmortöpfe mit Deckel **165** schwere Ware . . zusammen Mk.
Küchenschüsseln von 10.- Mk. an, Kartoffeldämpfer, Kaffeekocher,
Maschinentöpfe, Pfannen, Kasserollen, Durchschläge, Wasserkessel,
Milchkocher, Gabeln von 1.- Mk. an, Löffel von 1.- Mk. an, Kaffee-
löffel von 50 Pfg. an, Schaumlöffel, Bratenlöffel, Milchlöffel
Nur solange der Vorrat reicht!
Bei Ein-
kauf von **100 Mk.** **6 Kaffeelöffel gratis!**
Grösste Auswahl Billigste Preise!
Verkauf durch **P. Schuffert, Barmen.**

